



Sanktionen gegen Bezieher von Leistungen nach dem SGB II – Bedürfte es einer Korrektur der bestehenden Regelungen?

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades eines
Bachelor of Arts (B.A.)
im Studiengang Rentenversicherung

vorgelegt von

Patrick Wenz

Studienjahr 2014/2015

Erstgutachter: Prof. Dr. E. Gaugel
Zweitgutachter: Prof. Dr. A. Diebold

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VI
Anlagenverzeichnis.....	VII
1. Einleitung	1
2. Überblick über die SGB II Leistungen	2
3. Aktuelle Situation	3
4. Verhaltensmuster und Motivation	6
4.1. Theorie X	7
4.1.1. Behaviorismus.....	8
4.1.1.1. Klassische Konditionierung	8
4.1.1.2. Instrumentelle Konditionierung – Gesetz der Wirkung.....	9
4.1.1.3. Instrumentelle Konditionierung – Der „kleine Albert“	9
4.1.1.4. Operante Konditionierung (Verstärkertheorie)	9
4.1.2. Schlussfolgerungen aus dem Behaviorismus	11
4.2. Theorie Y	11
4.2.1. Humanistische Psychologie	12
4.2.2. Bedürfnispyramide	12
4.2.3. Schlussfolgerungen aus der humanistischen Psychologie	14
4.3. Theorie Z	14
4.3.1. Kognitive Psychologie	15
4.3.2. Grundgedanke der kognitiven Psychologie.....	15
4.3.3. Schlussfolgerungen aus der kognitiven Psychologie	15
5. Rechtliche Situation des SGB II	16
5.1. Abgrenzung zu anderen Leistungsträgern.....	17
5.1.1. Allgemeine Abgrenzung	17
5.1.2. Abgrenzung zum SGB XII	18
5.1.3. Abgrenzung zum Wohngeldgesetz	18
5.2. Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von ALG II.....	19

5.2.1.	Alter	19
5.2.2.	Erwerbsfähigkeit.....	19
5.2.3.	Hilfebedürftigkeit	20
5.2.4.	Gewöhnlicher Aufenthalt in der BRD.....	21
5.2.5.	Ausschlussgründe	21
5.3.	Grundnormen des SGB II – Allgemeiner Rechtsgrundsatz	22
5.3.1.	Menschenwürde	22
5.3.2.	Grundsatz des Forderns	23
5.3.3.	Leistungen des Trägers	24
5.3.3.1.	Aktive Leistungen/ Grundsatz des Förderns	24
5.3.3.2.	Passive Leistungen	25
6.	Sanktionen	26
6.1.	Sozialrechtliche Sanktionen nach dem SGB II.....	28
6.2.	Sanktionsvorschriften des SGB II.....	29
7.	Kritik verschiedener Akteure an den derzeitigen Sanktionsregelungen	31
7.1.	Die Piraten (NRW).....	31
7.2.	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.....	32
7.3.	Die Grünen	34
7.4.	Die Linken (NRW) , die Linken (Bund)	35
7.5.	Arbeitsgemeinschaft Bund/Länder	35
7.6.	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).....	36
7.7.	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	37
7.8.	Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Soziales der CDU/CSU ..	38
7.9.	Die Diakonie	39
7.10.	Paritätischer Gesamtverband	40
7.11.	SPD	40
8.	Rechtfertigung der wichtigsten Forderungen der Akteure	41
9.	Wirkungen von Sanktionen	43

9.1.	Intendierte Wirkungen.....	43
9.2.	Nichtintendierte Wirkungen.....	44
10.	Fazit	47
Anlagen	VIII
Literaturverzeichnis	XIV
Erklärung	XVII

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
ALG II	Arbeitslosengeld II
Art.	Artikel
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAGFW	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
Dr.	Doktor
eLb	erwerbsfähige Leistungsberechtigte
EU	europäische Union
GG	Grundgesetz
gem.	gemäß
i.V.m.	in Verbindung mit
K. P.	kognitive Psychologie
Nr.	Nummer
NRW	Nordrheinwestfalen
Mio.	Millionen
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
Prof.	Professor
S.	Satz
SGB	Sozialgesetzbuch
u.a.	unter anderem
v.a.	vor allem
WoGG	Wohngeldgesetz
z.B.	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Hilfebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit (November 2013)	3
Abb. 2: Sanktionen und Sanktionsquoten im SGB II-Bezug 2007 - 2013 ..	5
Abb. 3: Verstärkermodell	10
Abb. 4: Die Bedürfnispyramide nach Maslow	13
Abb. 5: Kognitiver Verarbeitungsprozess.....	16

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Leistungsberechtigte Personen in der Grundsicherung und
Arbeitslose nach Rechtskreisen.....VIII

Anlage 2: Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II im
Jahresdurchschnitt von 2006 bis 2015.....IX

Anlage 3: Anteil der Hartz-IV-Empfänger an der Bevölkerung nach
Bundesländern im September 2014.....X

Anlage 4: Arbeitslosigkeit nach Altersklassen.....XI

Anlage 5: Neu ausgesprochene Sanktionen.....XII

Anlage 6: Bestand an Widersprüchen nach Sachgebieten.....XIII

1. Einleitung

Während der Weimarer Republik werden mit der Gründung der Sozialfürsorge im Jahr 1924 und der 1927 gegründeten Krisenunterstützung als Anschlussleistung an die Arbeitslosenversicherung zwei wichtige Grundsteine im Sozialstaat Deutschland geschaffen.

Aus der Sozialfürsorge entwickelt sich 1962 das BSHG, mit dem Hilfe zum Lebensunterhalt für ein menschenwürdiges Leben gewährleistet wird. Nachfolger der Krisenunterstützung ist die unter Adenauer 1956 eingeführte Arbeitslosenhilfe als Fürsorgeleistung im Anschluss an das Arbeitslosengeld. Mit dem 4. Dienstleistungsgesetz am Arbeitsmarkt werden 2005 die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Trägerschaft zusammengefasst. Seit Einführung des SGB II, auch bekannt als Hartz IV Gesetz, stehen die Leistungsempfänger immer wieder in der Kritik öffentlicher Debatten. Sie werden oftmals als „Schmarotzer“ bezeichnet, die keinerlei Interesse daran haben, einer geregelten Arbeit nachzugehen und sich stattdessen vom Staat aushalten zu lassen. Der starke öffentliche Druck bewirkt, dass die jeweiligen Bundesregierungen immer wieder gezwungen werden, Gesetzesänderung zu beschließen. Unter Anderem werden die Sanktionsregelungen mehrfach verschärft, um diesen Vorwürfen entgegen zu wirken.

Hartz IV ist aber weiterhin ein aktuell kritisiertes Thema. Daher arbeitet die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, derzeit an der Verabschiedung des 9. Änderungsgesetzes, welches u.a. erneut Änderungen an den bestehenden Sanktionsregelungen vorsieht.

Diese Bachelorarbeit befasst sich mit dem Sinn und Zweck von Sanktionen, der ausschließlich anhand von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) untersucht wird. Aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen soll die Frage, ob Sanktionen überhaupt notwendig sind, sowie die Forschungsfrage, ob es einer Korrektur der bestehenden Regelungen bedürfte, geklärt werden.

Mittels der Verhaltensforschung wird dargestellt, wie sich der Mensch motivieren lässt. Unter Zuhilfenahme der psychologischen Erkenntnisse wird zunächst aufgezeigt, wie sich Sanktionen auf die Verhaltensänderung der Menschen auswirken. Das darauffolgende Kapitel setzt sich mit der rechtlichen Situation des SGB II auseinander. Sodann erfolgt eine nähere Beschreibung der Sanktionen. Anschließend werden die Forderungen verschiedener Akteure, sowie die Wirkungen von Sanktionen aufgegriffen, anhand derer der Sinn und Zweck von Sanktionen zu erläutern ist.

Mit Hilfe bestehender Literatur bekommt der Leser zum Einen hierüber neue Erkenntnisse und zum Anderen Verbesserungsvorschläge zum aktuell bestehenden Sanktionsrecht.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit wird die männliche Form gewählt. In dieser Arbeit sind jedoch immer beide Geschlechter angesprochen.

2. Überblick über die SGB II Leistungen

Das zweite Sozialgesetzbuch regelt das ALG II, das Sozialgeld, sowie Leistungen für Bildung und Teilhabe. Anspruch hierauf haben sowohl eLb als auch nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die mit den Vorgenannten in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Das ALG II umfasst mehrere Leistungsarten. Der Regelbedarf dient der Sicherung des Lebensunterhalts. Dieser beträgt zum 01.01.2015 für eine erwachsene alleinstehende Person 399,00 €¹. Des Weiteren gewährt das SGB II Leistungen zum Mehrbedarf für Personen in besonderen Lebenslagen, sowie bei Bedarf Leistungen für Unterkunft und Heizung. Reicht der Regelbedarf zur Sicherung des Lebensunterhalts unter gewissen Umständen nicht aus, werden abweichende Leistungen, insbesondere Einmalleistungen und Sachleistungen, erbracht.

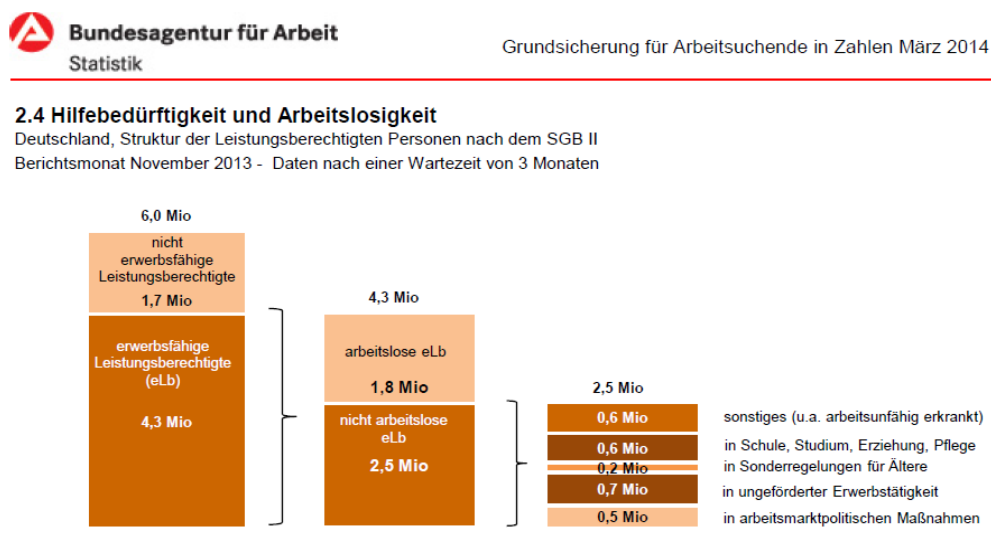
¹ Vgl. Verordnung zur Bestimmung des Regelbedarfs vom 14.10.2014.

3. Aktuelle Situation

Bekanntlich sind die Zahlen der Leistungsbezieher von ALG II extrem hoch. Eine Entspannung dieser Situation ist noch nicht in Sicht. Die aktuellen Werte können den folgenden Grafiken und Schaubildern entnommen werden.

Aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit vom März 2014 sind die Zahlen der Leistungsbezieher der Grundsicherung für Arbeitssuchende für November 2013² ersichtlich.

Abb. 1: Hilfebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit (November 2013)



Quelle: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201403/iiia7/grusi-in-zahlen/grusi-in-zahlen-d-0-pdf.pdf> [12.02.2015]

Die Angaben in Millionen sind mit circa Werten versehen. Von den insgesamt 6 Mio. leistungsberechtigten Personen in Deutschland, die in Bedarfsgemeinschaften leben, sind 4,3 Mio. erwerbsfähig und 1,7 Mio. nicht erwerbsfähig. Die 4,3 Mio. eLb errechnen sich aus 1,8 Mio. arbeitslosen eLb (ca. 42 %) und aus 2,5 Mio. nicht arbeitslosen eLb (ca. 58 %). Die 2,5 Mio. nicht arbeitslosen eLb lassen sich in 5 Kategorien aufteilen. In arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden 0,5 Mio. eLb vermittelt. Einer ungefördernden Erwerbstätigkeit gehen 0,7 Mio. eLb nach.

² Aktuellere ausführliche Aufschlüsselung nicht vorhanden.

Für 0,2 Mio. eLb gelten Sonderregelungen für Ältere. Weitere 0,6 Mio. eLb befinden sich in Schule, Studium, Erziehung und Pflege von Angehörigen. Außerdem werden für 0,6 Mio. eLb Leistungen aus sonstigen Gründen, insbesondere wegen Arbeitsunfähigkeit, gezahlt.

Zum aktuellen Vergleich sind bereits einige Daten vom Januar 2015 der Bundesagentur für Arbeit verfügbar.³ Die absoluten Werte aus der Statistik von November 2013 im Vergleich zum Januar 2015 haben sich nur geringfügig erhöht. Dieser Anstieg lässt sich mit der entsprechenden jahreszeitbedingten Arbeitsmarktsituation erklären. Betrachtet man den Zeitraum der letzten 10 Jahre, so wird eine kontinuierliche Abnahme der eLb von ca. 5,4 Mio. auf ca. 4,4 Mio. deutlich.⁴

Im September 2014 sind 7,5% der Gesamtbevölkerung von Deutschland Hartz IV-Empfänger. Große Unterschiede ergeben sich bei einem Ost-/Westvergleich. Während in den östlichen Flächenländern ein Anteil von 10% von Hartz IV betroffen ist, beziffert er sich in den westlichen Flächenländern auf lediglich 6,4%.⁵

Betrachtet man die prozentualen Anteile der Leistungsbezieher unter dem Gesichtspunkt der Altersklassen vom März 2014 wird deutlich, dass der größte Part mit 51% bei den 35-Jährigen bis 55-Jährigen liegt. Während die 25-Jährigen bis 35-Jährigen einen Anteil von 25% einnehmen, beziffert sich dieser bei den über 55-Jährigen lediglich auf 16%. Den kleinsten Anteil mit nur 8% stellt die Altersgruppe der unter 25-Jährigen dar.⁶

Die Leistungsberechtigten haben nicht nur das Recht auf Leistungen, sondern müssen ihrerseits auch Pflichten, die sogenannten Mitwirkungspflichten, erfüllen. Kommt der Leistungsberechtigte diesen Pflichten nicht nach, sieht das Gesetz eine Sanktionierung des Leistungsbezuges vor. Leichtere Vergehen führen zu einer 10%igen und schwerere Vergehen zu einer 30%igen Leistungskürzung.

³ Siehe Anlage 1.

⁴ Siehe Anlage 2.

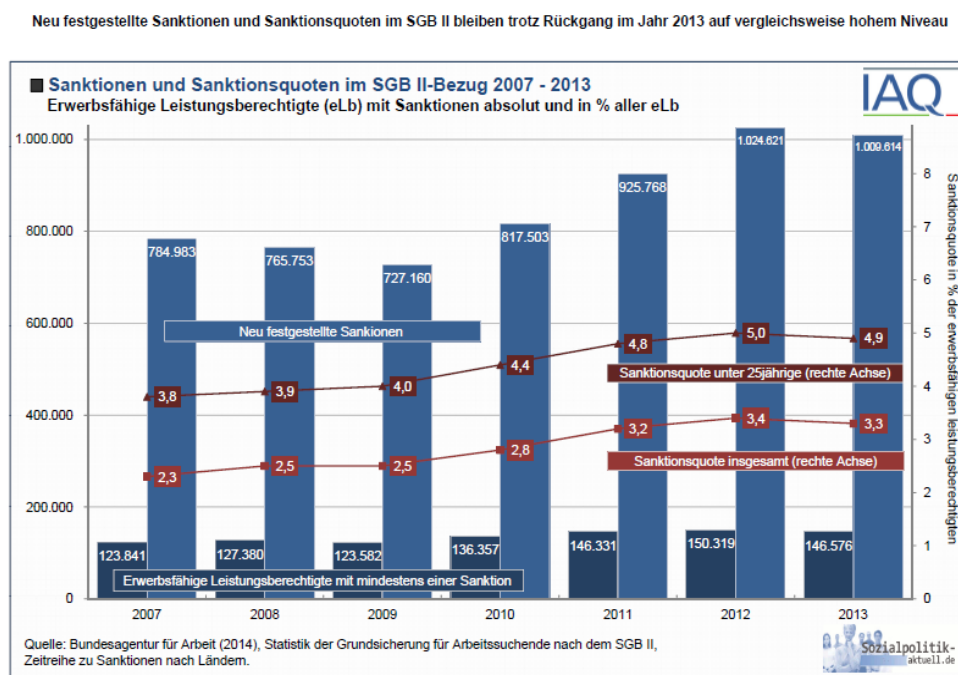
⁵ Siehe Anlage 3.

⁶ Siehe Anlage 4.

Werden die Sanktionen nach ihren Gründen untersucht, stellt man fest, dass die meisten Vergehen mit 72% von insgesamt 1 Million ausgesprochenen Sanktionen auf Meldeversäumnisse zurückzuführen sind. Die Weigerung der Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung oder Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit beziffert sich auf 13%, während die Weigerung der Erfüllung der Pflicht aus der Eingliederungsvereinbarung lediglich 12% beträgt.⁷

Für die Jahre von 2007 – 2013 werden laut dem Institut Arbeit und Qualifikation Sanktionen und Sanktionsquoten der erwerbsfähigen Leistungsbezieher ermittelt.

Abb. 2: Sanktionen und Sanktionsquoten im SGB II-Bezug 2007 - 2013



Quelle: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV80_grafik_monat_07_2014.pdf [12.02.2015]

Wie bereits erwähnt, nimmt die Anzahl der eLb von 2007 – 2013 ab. Im Gegensatz hierzu steigt die Anzahl der neu festgestellten Sanktionen von 784.983 auf 1.009.614. Betrachtet man die eLb mit mindestens einer Sanktion auf den genannten Gesamtzeitraum, stellt man auch hier eine

⁷ Siehe Anlage 5.

Erhöhung fest. Sind es im Jahr 2007 noch 123.841 Fälle, steigt die Zahl im Jahr 2013 auf 146.576. Ein weiteres Indiz zur Feststellung der Sanktionen ist die Sanktionsquote. Sie errechnet sich aus dem Verhältnis der eLb mit mindestens einer Sanktion zu der Gesamtzahl aller eLb im entsprechenden Jahr. Diese steigt von 2,3% im Jahr 2007 auf 3,3% im Jahr 2013. Die Sanktionsquote der unter 25-Jährigen nimmt ebenfalls um etwa 1% zu.

Allerdings hat eine Vielzahl der erteilten Sanktionen keine Aussicht auf Erfolg. Aus der vorangehenden Statistik „Sanktionen und Sanktionsquoten im SGB II-Bezug 2007 – 2013“ ist zu entnehmen, dass die im Jahr 2013 erteilten Sanktionen bei 1.000.614 liegen. Daraus ergeben sich durchschnittlich 83.385 Sanktionen pro Monat. Aus der Statistik „Bestand an Widersprüchen nach Sachgebieten“ der Bundesagentur für Arbeit sind für den Monat Dezember 2013 insgesamt 9.944 Widersprüche gegen erteilte Sanktionen zu entnehmen.⁸ Das bedeutet, dass sich fast 12% der sanktionierten Leistungsbezieher einer ausgesprochenen Sanktion widersetzen.

Nachdem nunmehr die hohe Arbeitslosen- und Sanktionsquote, wie auch die hohe Anzahl an Widersprüchen an Hand verschiedener Graphiken belegt ist, stellt sich die Frage, ob und in wie weit das regelwidrige Verhalten einzelner Leistungsbezieher beeinflusst werden kann.

4. Verhaltensmuster und Motivation

Das Zusammenleben in einer Gesellschaft wird durch vorgegebene Normen bestimmt. Ob diese mehr oder weniger eingehalten werden, steuert letztendlich das unterschiedliche Verhalten der Menschen. Aufgabe der Verhaltenswissenschaft ist es zu ergründen, warum Menschen aufgrund vorgegebener Normen ein bestimmtes Verhalten zeigen. Vor allem geht es um die Frage, wie und warum sich der Mensch aufgrund der auferlegten Normen motiviert und sich zielgerichtet verhält. Dieses Problem versucht die Motivationspsychologie zu klären.

⁸ Siehe Anlage 6.

Nachfolgend wird auf die Motivation im Allgemeinen eingegangen, um später dann einzelne Menschenbilder zu charakterisieren.

Unter Motivation versteht man ein zielgerichtet gesteuertes Verhalten.⁹

Sie ist

„in der Psychologie die Handlungsbereitschaft, ein Bedürfnis, z. B. Hunger oder Durst, zu befriedigen oder ein angestrebtes Ziel zu erreichen.“¹⁰

Mit der Motivation eng verknüpft sind die Emotionen, da sie voneinander abhängig sind. Auf der einen Seite treibt die Motivation das Handeln des Menschen an, wobei seine Gefühlsregung für das Erreichen seiner persönlichen Bedürfnisse mit von Bedeutung ist. Und auf der anderen Seite ist unsere Gefühlswelt dafür zuständig, ob wir zu einem Handeln motiviert werden.¹¹ Innerhalb der Motivationspsychologie werden die Beweggründe erforscht, die eine Person dazu bringen ein bestimmtes Ziel zu verfolgen. Des Weiteren wird untersucht, wie intensiv sich der Mensch anstrengt und wie stark sein Durchhaltevermögen ist, um das gewünschte Ziel zu erreichen.¹²

Im Anschluss werden die einzelnen Motivationstheorien anhand von Menschenbildern dargestellt. Das Verhalten des Menschen wird durch extrinsische (äußere) und intrinsische (innere) Einflüsse geprägt. Mittels der von McGregor aufgestellten X-Y-Theorie lässt sich das unterschiedliche Verhalten der Menschen erklären. Außerdem wird auf die Zusammenhänge zwischen den psychologischen Strömungen eingegangen.

4.1. Theorie X

Die Theorie X besagt, dass der Mensch von Natur aus faul ist und somit ein passives Verhalten an den Tag legt. Es besteht keinerlei Grund sich von Innen heraus zu motivieren. Er scheut sich vor Arbeit und versucht dieser möglichst aus dem Weg zu gehen. Daher muss der Mensch mit

⁹ Vgl. Brandstätter u.a. (2013:4).

¹⁰ Der Brockhaus Psychologie (2009:379).

¹¹ Vgl. Brandstätter u.a. (2013:V).

¹² Vgl. Brandstätter u.a. (2013:4ff.).

Hilfe von Sanktionen von Außen gesteuert und angeleitet werden, um ihn zu einem bestimmten Handeln zu animieren. Er ist folglich von einer Führung abhängig und will von sich aus keine Verantwortung übernehmen. Weiter fehlt es ihm an Ehrgeiz, um nach etwas Höherem zu streben.¹³ Vergleicht man dieses Verhalten mit der Maslow'schen Bedürfnispyramide¹⁴, die im späteren Verlauf erläutert wird, ist der „faule“ Mensch nur mittels Sanktionen motiviert die untersten Bedürfnisse, d.h. die physiologischen Bedürfnisse und die Sicherheitsbedürfnisse, zu erreichen.¹⁵ Der Grundgedanke der Theorie X, der an Hand des Behaviorismus näher erläutert wird, basiert auf der extrinsischen Motivation.

4.1.1. Behaviorismus

Die Strömung des Behaviorismus hat sich Ende des 19. Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelt.

„Als B. [Behaviorismus] [...] bezeichnet man eine Richtung der → Psychologie, die sich mit dem objektiv feststellbaren Verhalten ohne Bezugnahme auf Bewusstseinsinhalte befasst.“¹⁶

Seine Lerntheorien beruhen auf einem reinen Beobachtungslernen. Kernaussage dieser Lerntheorie ist die Konditionierung. Sie ist ein auf Verbindung von Reizen und Reaktionen basierender Lernvorgang.¹⁷ Es gibt mehrere Arten der Konditionierung.

4.1.1.1. Klassische Konditionierung

Iwan Pawlow entwickelt die erste Theorie, die klassische Konditionierung, anhand von Versuchen mit Hunden. Er erforscht die Beziehung zwischen verschiedenen Reizen und Reaktionen, die sie auslösen. Einmal werden Reize hinzugefügt, ein anderes Mal werden Reize weggelassen. Mit seinen Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, dass durch das

¹³ Vgl. Wehrin (2014:48).

¹⁴ Siehe Abb. 4

¹⁵ Vgl. Russel-Walling (2011:177).

¹⁶ Lexikon Psychologie (2010:56).

¹⁷ Vgl. Der Brockhaus Psychologie (2009:301).

mehrfache Einbringen eines bestimmten Reizes ein Lerneffekt für ein gewolltes Verhalten erzeugt wird. Er spricht von der Konditionierung zwischen Reiz und Reaktion.¹⁸

4.1.1.2. Instrumentelle Konditionierung – Gesetz der Wirkung

Die Theorie des instrumentellen Konditionierens wird von Edward Thorndike erstellt. Unter anderem beobachtet er bei Katzen eine Reiz-Reaktions-Verbindung. Anhand seiner Untersuchungsergebnisse entwickelt er das Gesetz der Wirkung. Er kommt zu dem Resultat, dass positive Reize eine Verhaltenshäufigkeit verstärken und negative Reize eine Verhaltenshäufigkeit schwächen. In beiden Fällen liegt eine Konditionierung vor.¹⁹

4.1.1.3. Instrumentelle Konditionierung – Der „kleine Albert“

John Watson baut auf der Reiz-Reaktions-Theorie von Thorndike auf und führt seine Untersuchungen am Menschen durch. Er will überprüfen, ob die elementaren Gefühle, wie Furcht, Zorn und Liebe konditioniert werden können, um zu testen, in wie fern das menschliche Verhalten vorhersagbar und kontrollierbar ist. Seine Versuche führt Watson an einem Baby, dem kleinen Albert, durch. Um die Reiz-Reaktions-Theorie von Thorndike auf die Menschen erweitern zu können, verwendet er die Untersuchungsform Pawlow's. Watson konditioniert Reize mit Reaktionen die zusätzlich Emotionen in Form von Furcht, Zorn oder Liebe hervorrufen können.²⁰

4.1.1.4. Operante Konditionierung (Verstärkertheorie)

Burrhus Skinner untersucht die Technik des operanten Konditionierens. In der Skinner-Box experimentiert er mit Ratten, um deren Verhalten zu beobachten. Er konzentriert sich bei seinen Untersuchungen auf die

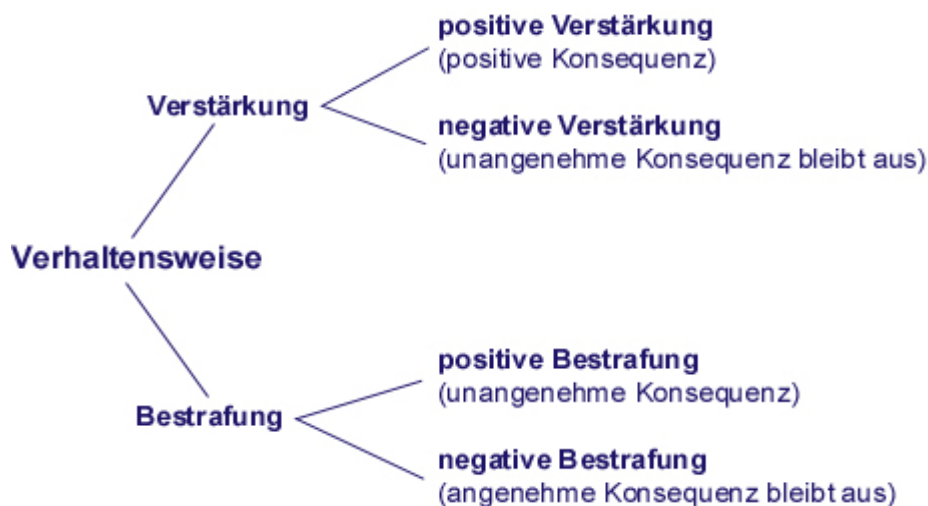
¹⁸ Vgl. Collin (2012:60f).

¹⁹ Vgl. Collin (2012:63f).

²⁰ Vgl. Collin (2012:68ff).

positive Verstärkung. Hiermit ist das Abhängigkeitsverhältnis zwischen einem Verhalten und einer darauffolgenden positiven Konsequenz gemeint.²¹ Skinner kommt zu dem Ergebnis, dass die Folgen des Verhaltens konditioniert werden.²² Dies wird in der nachfolgenden Abbildung verdeutlicht.

Abb. 3: Verstärkermode



Quelle: [https://www.uni-due.de/edit/lp/behavior/skinner.htm#Positive Bestrafung](https://www.uni-due.de/edit/lp/behavior/skinner.htm#Positive%20Bestrafung) [05.03.2015]

Während die positive oder negative Verstärkung die Auftretenswahrscheinlichkeit eines Verhaltens erhöht, nimmt die Auftretenswahrscheinlichkeit für dasselbe Verhalten ab, wenn der positive oder negative Verstärker ausbleibt. Im Umkehrschluss wird festgestellt, dass bei einer positiven oder negativen Bestrafung die Auftretenswahrscheinlichkeit eines Verhaltens sinkt und die Auftretenswahrscheinlichkeit für dasselbe Verhalten zunimmt, wenn die positive oder negative Bestrafung ausbleibt.

Somit wird bei der positiven Verstärkung mittels Zuführen eines angenehmen Reizes und bei der negativen Verstärkung durch Weglassen eines unangenehmen Reizes ein gewünschtes Verhalten gezeigt. Bei der positiven Bestrafung wird durch das Zuführen eines negativen Reizes und

²¹ Vgl. Lexikon Psychologie (2010:58).

²² Vgl. Collin (2012:81).

bei der negativen Bestrafung durch das Weglassen eines angenehmen Reizes das Verhalten abgebaut.

4.1.2. Schlussfolgerungen aus dem Behaviorismus

Beim klassischen und instrumentellen Konditionieren löst ein Reiz eine Reaktion aus. Hingegen ist beim operanten Konditionieren erst das Verhalten vorhanden, das einen Reiz auslöst.

Der Behaviorismus baut auf dem Objektivismus und Pragmatismus auf. Der Objektivismus sagt aus, dass die Experimente nur mittels Beobachtung ausgewertet werden und die Persönlichkeit hierbei unberücksichtigt bleibt. Es werden lediglich Input-Output-Prozesse untersucht, die das menschliche Gehirn zu einer Art Blackbox macht. Der Pragmatismus gibt Antworten auf praktische Fragen des Lebens. Anhand von Kontrolle kann das Verhalten beeinflusst werden. Lernen erfolgt durch Konditionierung, die eine effektive Verhaltenssteuerung ermöglicht. Heutige Formen der behavioristischen Theorien werden in den Bereichen der pädagogischen Psychologie, im klinischen Bereich sowie in der Werbepsychologie angewandt.²³

4.2. Theorie Y

Die Theorie Y besagt, dass der Mensch Spaß an der Arbeit hat und sich somit aktiv verhält. Es besteht keine Abscheu gegen die Arbeit, sondern grundsätzlich Leistungsbereitschaft. Der Mensch motiviert sich selbst und muss nicht von Außen gesteuert werden. Arbeit erzeugt bei ihm Zufriedenheit, Anerkennung und Respekt. Er ist ehrgeizig und sein Handeln motiviert ihn dazu, seine eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und nach Selbstverwirklichung zu streben. Mittels dem eigenverantwortlichen Handeln, seiner Vorstellungskraft und Kreativität versucht er diese Ziele zu verwirklichen.²⁴ Die Theorie Y beruht auf dem Grundgedanken der

²³ Vgl. Lexikon Psychologie (2010:56ff).

²⁴ Vgl. Wehrlin (2014:48).

intrinsischen Motivation, die nachfolgend an Hand der humanistischen Psychologie erklärt wird.

4.2.1. Humanistische Psychologie

Die Anfänge der humanistischen Psychologie stammen aus den 1940iger Jahren. Als humanistische Psychologie bezeichnet man eine Richtung

„die das aktive Streben des Menschen nach einem erfüllten Leben, nach Anerkennung und Selbstverwirklichung in den Mittelpunkt stellt.“²⁵

Die humanistische Psychologie will den Menschen dazu bringen, die eigene Persönlichkeit durch gesammelte Erfahrungen ständig weiterzuentwickeln.²⁶

Außerdem wird die Kreativität gefordert und die persönliche Freiheit unterstützt. Der psychisch gesunde Mensch ist hierfür Grundvoraussetzung.²⁷

4.2.2. Bedürfnispyramide

Abraham Maslow ist einer der Wegbereiter der humanistischen Psychologie. Er wendet sich gegen eine Psychologie, die sich nur mit dem negativen Teil des Menschen befasst. Bei seiner Forschung geht er vom Guten des Menschen, mit dem Ziel der Selbstverwirklichung, aus. Grundvoraussetzung hierbei ist das Wachstum, die Selbstverwirklichung, das Streben nach Gesundheit, nach Identität und Autonomie sowie das Verlangen nach Vortrefflichkeit (Zufriedenheit). Unter den eben genannten Kriterien beschäftigt er sich mit den menschlichen Bedürfnissen. Hierbei wird zwischen den Grundbedürfnissen, oder auch Mangelbedürfnissen, und den Metabedürfnissen, den Wachstumsbedürfnissen, unterschieden. Zuerst gilt es die grundlegendsten Bedürfnisse, die sogenannten physiologischen Bedürfnisse zu befriedigen. Zum physischen Überleben zählen Nahrung, Flüssigkeit, Unterkunft, Bekleidung, Sexualität, Schlaf und Sauerstoff. Erst wenn diese erfüllt sind, tauchen Bedürfnisse einer

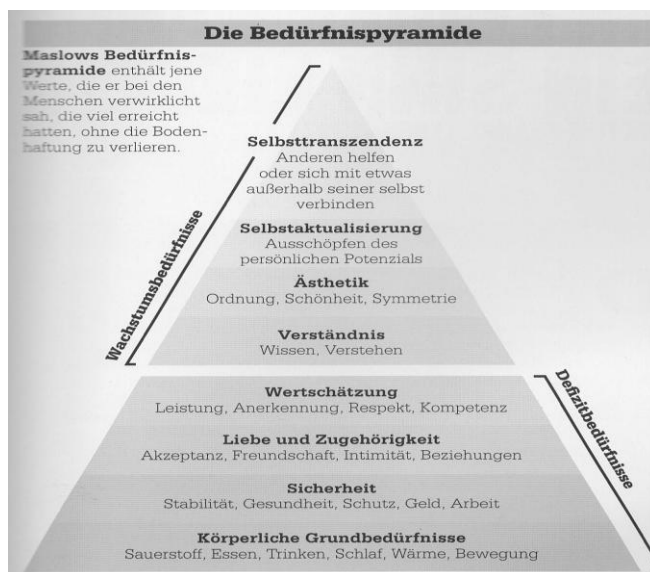
²⁵ Lück (2009:182).

²⁶ Vgl. Der Brockhaus Psychologie (2009:253).

²⁷ Vgl. Collin (2012:91).

höheren Ebene, die Sicherheitsbedürfnisse, auf, die es zu erfüllen gilt. Als nächstes folgen die Bedürfnisse nach Liebe und Zugehörigkeit und auf höchster Ebene der Grundbedürfnisse die Bedürfnisse nach Achtung. Hieraus entwickelt Maslow eine Hierarchie der Grund- bzw. Mangelbedürfnisse in Form einer Bedürfnispyramide. Allerdings merkt er bald, dass seine bisher festgestellten Bedürfnisse nicht vollständig sind und erweitert die Hierarchie mit einer Liste von Wachstumsbedürfnissen. Diese kommen aber erst zum Tragen, wenn alle Grundbedürfnisse gedeckt sind. Zu den Wachstumsbedürfnissen gehören Bescheidenheit, Wahrheit, Verspieltheit, Mühelosigkeit, Einzigartigkeit, Güte, Schönheit, Einfachheit, Lebendigkeit, Gerechtigkeit, Erfüllung, Vollkommenheit und Ganzheit. Im Gegensatz zu den Grundbedürfnissen, die hierarchisch gegliedert sind, stehen die Wachstumsbedürfnisse auf gleicher Ebene nebeneinander. Als zuletzt zu erreichendes Ziel steht die Selbstverwirklichung. Sie ist die Spitze der von Maslow ergänzten Bedürfnispyramide.²⁸ Der nachfolgenden Abbildung sind die Grundzüge der soeben vorgestellten hierarchischen Bedürfnisstrukturierung zu entnehmen.

Abb. 4: Die Bedürfnispyramide nach Maslow



Quelle: Abbildung entnommen aus Collin (2012:139)

²⁸ Vgl. Quitmann (1996:225ff).

Die Selbstverwirklichung ist individuumsbezogen zu betrachten. Erklären lässt sich diese mit der von Maslow aufgestellten Motivationstheorie.²⁹

In dieser Hierarchieebene soll der Mensch so sein können und akzeptiert werden, wie er tatsächlich ist. Seine eigene Identität lebt er völlig frei von äußeren und inneren Einflüssen aus.³⁰

Nach Maslow sollte der Mensch im Laufe seines Lebens das Ziel der Selbstverwirklichung erreichen.³¹

„[Maslows Motto lautet]: Ein Mensch hat die Aufgabe, alles zu sein, was er sein kann.“³²

4.2.3. Schlussfolgerungen aus der humanistischen Psychologie

Die humanistische Psychologie befasst sich mit dem Inneren des Menschen. Maßstab dafür ist das Erreichen der Grundbedürfnisse, der Wachstumsbedürfnisse, bis hin zur Selbstverwirklichung. Das Individuum ist nicht von Außen beeinflussbar, sondern bestimmt selbst die zu erreichenden Ziele auf der hierarchischen Skala. Es wird davon ausgegangen, dass die Potentiale der meisten Menschen nicht voll ausgeschöpft sind. Bei diesen Menschen ist die Selbstverwirklichung bereits dann erreicht, wenn sie die Grundbedürfnisse erfüllt haben.³³

4.3. Theorie Z

McGregor hat festgestellt, dass die Motivation des Menschen nicht nur allein von extrinsischen Einflüssen nach Theorie X bestimmt wird. Er ist der Meinung, dass auch intrinsische Einflüsse, nach Theorie Y, auf sie einwirken. Somit kann man von einer Kombination aus beiden Theorien, der sogenannten Theorie Z, sprechen.³⁴ Sie entspringt dem Grundgedanken der kognitiven Psychologie. Auf diese wird anschließend näher eingegangen.

²⁹ Vgl. Kuhl (2010:290).

³⁰ Vgl. Alsleben, 2007, zitiert nach Kuhl (2010:291f).

³¹ Vgl. Quitmann (1996:229).

³² Collin (2012:139).

³³ Vgl. Quitmann (1996:226).

³⁴ Vgl. Russel-Walling (2011:176ff).

4.3.1. Kognitive Psychologie

Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich aus der Verhaltensforschung herauskristallisiert, dass sowohl instinktives als auch erlerntes Verhalten miteinander verknüpft werden muss.³⁵ Die sich daraus entwickelnde kognitive Psychologie lenkt den Fokus vom Verhalten auf das Bewusstsein und das Interesse an mentalen Prozessen. Aufgrund der fortschrittlichen Entwicklung der Medien, insbesondere der Informationsverarbeitung, wird das Gehirn unter einer anderen Sichtweise betrachtet.³⁶ Die kognitive Psychologie kann man auch als die Psychologie des Erkennens definieren.³⁷

4.3.2. Grundgedanke der kognitiven Psychologie

Laut der kognitiven Psychologie ist Lernen eine Veränderung von Wissensstrukturen. Nicht nur bewusst, sondern auch unbewusst nimmt man Informationen aus der Umwelt auf, die sodann verarbeitet und gespeichert werden. Lernen findet im Gedächtnis statt, ohne dass zwangsläufig eine Verhaltensänderung bemerkbar ist. Jedoch wird das Gelernte im Gehirn kategorisiert und interpretiert.³⁸ Die kognitive Psychologie setzt sich somit aus den Strömungen des Behaviorismus und aus der humanistischen Psychologie zusammen.

4.3.3. Schlussfolgerungen aus der kognitiven Psychologie

Erlernete Erfahrungen können, sofern der Wunsch besteht, individuelle Reaktionen hervorrufen, um zielgerichtet das Umfeld zu beeinflussen.³⁹ In der kognitiven Psychologie wird das menschliche Gehirn einem Computer gleich gestellt. Somit besteht die Gefahr, dass der Mensch als programmierbar erscheint und menschliche Schwächen und Fehler lediglich Programmierfehler sind.⁴⁰ Das menschliche Gehirn wird als

³⁵ Vgl. Collin (2012:59).

³⁶ Vgl. Collin (2012:158).

³⁷ Vgl. Lexikon Psychologie (2010:162).

³⁸ Vgl. Der Brockhaus Psychologie (2009:337).

³⁹ Vgl. Der Brockhaus Psychologie (2009:337).

⁴⁰ Vgl. Lück (2009:176).

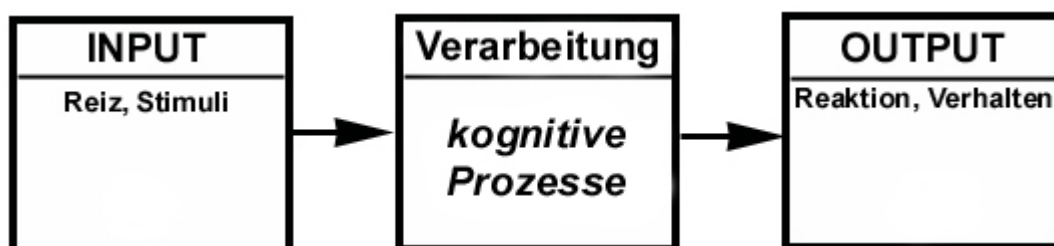
Computer betrachtet, wobei die Vernunft als Software fungiert und die kognitiven Prozesse zu einem internen Rechenprozess werden.⁴¹

Die kognitive Psychologie findet man heute in fast allen Teilgebieten der Psychologie. Das im kognitiven Lernen stattfindende Denken und Wissen wird durch Motivation beeinflusst.⁴²

„Ziel der K. P. ist die Analyse, Beschreibung und theoriegeleitete Erklärung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten des menschlichen Verstands.“⁴³

In der nachfolgenden Abbildung wird der Prozess des kognitiven Lernens in Form von einem Reiz-Reaktionsmodell dargestellt, wie es aus dem Behaviorismus bereits bekannt ist.

Abb. 5: Kognitiver Verarbeitungsprozess



Quelle: <https://www.uni-due.de/edit/lp/kognitiv/kognitiv.htm> [06.03.2015]

Nach ausführlicher Behandlung der verschiedenen Verhaltenstheorien werden im Anschluss die rechtlichen Zusammenhänge des SGB II aufgezeigt.

5. Rechtliche Situation des SGB II

Die rechtlichen Vorschriften für den Bezug des ALG II ergeben sich aus dem zweiten Sozialgesetzbuch. Nach der Verabschiedung des 4. Dienstleistungsgesetzes am Arbeitsmarkt, auch Hartz IV genannt, sind die Regelungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende am 01.01.2005 in Kraft getreten. Die bisherigen Regelungen der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe sind zusammengelegt und zu einer neuen Leistung, der

⁴¹ Vgl. Drewer (2003:73) zitiert nach Lück (2009:176).

⁴² Vgl. Lexikon Psychologie (2010:164).

⁴³ Lexikon Psychologie (2010:162).

Grundsicherung für Arbeitssuchende, unter einheitlicher Trägerschaft zusammengefasst worden. Durch dieses Gesetz soll die Arbeitslosigkeit beendet werden, sowie die damit zusammenhängende Abhängigkeit vom Staat. Zwischenzeitlich sind die Regelungen dieses Gesetzes mehrfach überarbeitet worden. Mittlerweile ist man bei dem 8. Gesetz zur Änderung des zweiten Sozialgesetzbuches angelangt, dessen Regelungen die Grundlage für diese wissenschaftliche Arbeit sind. Allerdings liegt der Bundesregierung bereits der Gesetzesentwurf des 9. Änderungsgesetzes zum Beschluss vor. Nachfolgend wird auf die Darstellung der aktuell bestehenden Regelungen eingegangen.

5.1. Abgrenzung zu anderen Leistungsträgern

Die Anwendung der Rechtsvorschriften des SGB II ist nachrangig. Zuerst ist zu prüfen, ob ein Anspruch auf Leistungen eines anderen Trägers besteht. Hierbei kommen vor allem die Ansprüche der Sozialleistungsträger in Frage. Sollten diese Ansprüche allerdings nicht ausreichen, um den Regelbedarf zu decken, wird ausnahmsweise das SGB II ergänzend berücksichtigt. Außerdem ist bei den Rechtsvorschriften der verschiedenen Leistungsträger hinsichtlich des Personenkreises zu unterscheiden.

5.1.1. Allgemeine Abgrenzung

Aus den gesetzlichen Regelungen des § 12a S. 1 SGB II i.V.m. § 5 Abs. 1 SGB II geht hervor, dass die Leistungen anderer Sozialleistungsträger vorrangig zu behandeln sind. Die oben genannte Regelung gilt gem. § 5 Abs. 1 S. 2 SGB II analog für Ermessensleistungen.

Zu den Leistungen nach dem SGB V, insbesondere dem Krankengeldbezug, kann zusätzlich ALG II gewährt werden, wenn weiterhin Hilfebedürftigkeit nach § 9 SGB II vorliegt.⁴⁴

⁴⁴ Vgl. Münder (2013:93).

Die Leistungen nach dem SGB III, in erster Linie das Arbeitslosengeld, sind nach dem Subsidiaritätsprinzip gegenüber den Leistungen nach dem SGB II vorrangig in Anspruch zu nehmen.⁴⁵

Nachfolgend wird die Konkurrenz der Anspruchsvoraussetzungen aus den jeweiligen Rechtsvorschriften der anderen Träger im Vergleich zum SGB II beschrieben.

5.1.2. Abgrenzung zum SGB XII

Im SGB XII sind vor allem die Regelungen des dritten Kapitels zur Hilfe des Lebensunterhalts, sowie des vierten Kapitels über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu beachten. Grundsicherungsleistungen erhalten gem. § 41 Abs. 1 S. 1 SGB XII ältere Personen, die die Regelaltersgrenze bereits erreicht haben, wie auch dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland, sofern sie ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt gem. § 27 ff SGB XII haben Personen, die weder einen Anspruch auf Leistungen aus dem vierten Kapitel des SGB XII haben, sowie im Umkehrschluss zum § 5 Abs. 2 S. 1 SGB II keinen Anspruch auf ALG II Leistungen haben.

5.1.3. Abgrenzung zum Wohngeldgesetz

Grundsätzlich ist jede bedürftige natürliche Person, die Wohnraum mietet und diesen selbst nutzt, wohngeldberechtigt für den Mietzuschuss gem. § 3 WoGG. Laut § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 WoGG werden Empfänger von ALG II und Sozialgeld nach dem SGB II vom Wohngeld ausgeschlossen, wenn bei deren Berechnung Kosten der Unterkunft berücksichtigt worden sind. Entsprechend S. 3 Nr. 1 besteht der Ausschluss nicht, wenn die Leistungen nur als Darlehen gewährt werden. Des Weiteren besteht kein Ausschluss nach S. 3 Nr. 2, wenn durch Wohngeld die Hilfebedürftigkeit im Sinne des § 9 SGB II vermieden oder beseitigt werden kann und (a) die Leistungen des SGB II während der Dauer des Verfahrens zur

⁴⁵ Vgl. Zimmermann (2011:25).

Feststellung von Grund und Höhe dieser Leistungen noch nicht erbracht worden sind oder (b) der zuständige Träger eine Leistung nach dem SGB II als nachrangig verpflichteter Leistungsträger nach § 104 SGB X erbringt.⁴⁶

5.2. Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von ALG II

Für den Bezug von ALG II ist die Erfüllung mehrerer Anspruchsvoraussetzungen notwendig. Erst wenn alle vorliegen, werden Leistungen nach diesem Gesetz gewährt. Das Verwaltungsverfahren wird, wie bei allen anderen Sozialleistungsträgern, grundsätzlich nur auf Antrag eingeleitet. Gem. § 36 Abs. 1 S. 1 SGB I i.V.m. § 11 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB X kann jede natürliche, zumindest beschränkt geschäftsfähige, Person einen Antrag stellen, die das 15. Lebensjahr vollendet hat. Die anderen Voraussetzungen nach dem SGB II werden im Anschluss näher behandelt.

5.2.1. Alter

Gem. § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB II erhalten Personen Leistungen, die das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht haben. Seit 01.01.2012 wird das Erreichen der Regelaltersgrenze schrittweise von der Vollendung des 65. Lebensjahres auf das 67. Lebensjahr angehoben. Von der Anhebung betroffen sind die Personen, die im Zeitraum von 01.01.1947 bis 31.12.1963 geboren sind. Somit gilt für die ab 01.01.1964 Geborenen generell das 67. Lebensjahr als Regelaltersgrenze.

5.2.2. Erwerbsfähigkeit

Laut § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II erhalten Personen Leistungen, die erwerbsfähig sind. Die Erwerbsfähigkeit wird im § 8 Abs. 1 SGB II

⁴⁶ Vgl. Münder (2013:97).

definiert. Demnach ist erwerbsfähig, wer nicht wegen Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens 3 Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Die zeitliche Befristung auf 3 Stunden lässt sich aus § 43 Abs. 2 S. 2 SGB VI herleiten. Mit der absehbaren Zeit ist nach der herrschenden Meinung ein Zeitraum von 6 Monaten bzw. 26 Wochen gemeint. Sofern die Erwerbsminderung diesen Zeitraum nicht überschreitet, verbleibt der Hilfebedürftige im Leistungsbezug des SGB II.⁴⁷

Gem. § 2 Abs. 1 S. 1 SGB IX sind Menschen behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als 6 Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. In diesem Fall besteht kein Anspruch nach dem SGB II, da die Voraussetzung der Erwerbsfähigkeit nicht vorliegt. Gleiches gilt für die Krankheit, wenn diese länger als 6 Monate andauert.

„Krankheit ist [...] ein regelwidriger Körper- oder Geisteszustand, der behandlungsbedürftig ist und zur Arbeitsunfähigkeit führt.“⁴⁸

5.2.3. Hilfebedürftigkeit

Nach § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II erhalten Personen Leistungen, die hilfebedürftig sind. Hilfebedürftig nach § 9 Abs. 1 SGB II ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann. Der Lebensunterhalt gilt als nicht gesichert, wenn die verfügbaren Mittel unter dem nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch individuell errechneten Grundsicherungsbedarf liegen. Des Weiteren darf man die erforderliche Hilfe nicht von Anderen erhalten. Hierzu zählen insbesondere Angehörige oder Träger anderer Sozialleistungen.

⁴⁷ Vgl. Hönig / Kuhn-Zuber (2012:50).

⁴⁸ Hönig / Kuhn-Zuber (2012:50).

5.2.4. Gewöhnlicher Aufenthalt in der BRD

Es erhalten lediglich Personen Leistungen nach dem SGB II, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der BRD haben. Dies gilt auch für EU - Staatsangehörige⁴⁹. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind in § 7 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SGB II geregelt. Demnach hat gem. § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I einen gewöhnlichen Aufenthalt jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt. Bei mehreren Aufenthaltsorten ist die engere Bindung entscheidend, da dort normalerweise der Lebensmittelpunkt ist.

5.2.5. Ausschlussgründe

Ausländer werden, auch wenn sie erwerbsfähig sind, entsprechend den Regelungen nach § 7 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 – 3 SGB II ausgeschlossen, es sei denn, sie haben gem. § 7 Abs. 1 S. 3 SGB II einen Aufenthaltstitel nach Kapitel 2 Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland.

Außerdem gibt es noch Ausschlussgründe aufgrund von leistungsausschließenden Tatbeständen. Aus § 7 Abs. 4 SGB II geht hervor, dass Personen, die in einer stationären Einrichtung untergebracht sind, sich in einer Justizvollzugsanstalt aufhalten oder eine Rente wegen Alters oder Leistungen sonstiger öffentlicher Art beziehen, keine Leistungen erhalten. Es sei denn, der stationäre Aufenthalt in einem Krankenhaus dauert weniger als 6 Monate oder die Person steht trotz des stationären Aufenthalts dem allgemeinen Arbeitsmarkt mindestens 15 Stunden wöchentlich zur Verfügung.

ELb erhalten keine Leistungen aus diesem Gesetz gem. § 7 Abs. 4a SGB II, wenn sie sich ohne Zustimmung des Jobcenters außerhalb des zeit- und ortsnahen Bereichs aufhalten und deshalb nicht für Eingliederungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Auszubildende und Studierende, die dem Grunde nach aus dem BAföG oder dem SGB III Unterstützung erhalten können, sind nach § 7 Abs. 5

⁴⁹ Vgl. Hönig / Kuhn-Zuber (2012:54f).

SGB II ausgeschlossen. Es sei denn § 7 Abs. 6 SGB II kommt zum Tragen, weil kein Anspruch oder lediglich ein geringer Anspruch nach dem BAföG besteht.

5.3. Grundnormen des SGB II – Allgemeiner Rechtsgrundsatz

Aus der Regelung des § 1 SGB II geht der allgemeine Rechtsgrundsatz hervor. Dieser zieht sich als programmatische bzw. zielsetzende Norm durch das gesamte SGB II. Hierbei ist nur der Leistungsträger Adressat.⁵⁰ Das Gebot der Menschenwürde, sowie die Grundsätze des Forderns und Förderns, bilden das Fundament der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Dies ist der Grundgedanke, der aus dieser Vorschrift entnommen werden kann.

5.3.1. Menschenwürde

Laut § 1 Abs. 1 SGB II soll die Grundsicherung für Arbeitssuchende es den Leistungsberechtigten ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht.⁵¹ Hieraus ergibt sich die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums, das sich aus der in Art. 1 Abs. 1 GG geregelten Menschenwürde i.V.m. dem aus Art. 20 Abs. 1 GG geregelten Sozialstaatsprinzip herleiten lässt. Um diesem gerecht zu werden, sollen die Leistungen grundsätzlich in Form einer Geldleistung erbracht werden. Die Begründung liegt darin, dass die Leistungsberechtigten gegenüber der Allgemeinheit nicht als Hilfebedürftige zu erkennen sein sollen.⁵² Obendrein sollen das eigene Wirtschaften des Leistungsberechtigten, sowie das selbstständige Entscheiden im Vordergrund stehen.

⁵⁰ Vgl. Münder (2013:54).

⁵¹ Vgl. Herbst (2011:27).

⁵² Vgl. Münder (2013:55f).

5.3.2. Grundsatz des Forderns

Gem. § 1 Abs. 2 S. 1 SGB II, unter Berücksichtigung des Grundsatzes des Forderns, soll die Grundsicherung die Eigenverantwortung von eLb stärken und dazu beizutragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln bestreiten können.⁵³

Der Grundsatz des Forderns wird in § 2 SGB II beschrieben. Laut § 2 Abs. 1 S. 1 SGB II muss der eLb alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung seiner Hilfebedürftigkeit ausschöpfen.⁵⁴ Zur Verbesserung der finanziellen Situation ist u.a. auch das eigene Vermögen zu verwerten. Satz 2 verlangt eine aktive allgemeine Mitwirkungspflicht des eLb bei allen Maßnahmen zur Eingliederung in die Arbeit. Zunächst besteht die Mitwirkungspflicht darin, eine Eingliederungsvereinbarung gem. § 15 SGB II mit der Agentur für Arbeit abzuschließen. Hier sind die Leistungen des Trägers, die Bemühungen des eLb, sowie die Antragserfordernis, falls Ansprüche des eLb gegenüber Dritten, insbesondere anderen Sozialleistungsträgern vorliegen, geregelt.

Die besondere Mitwirkungspflicht bei Arbeitsunfähigkeit ergibt sich aus § 56 SGB II. Der eLb muss folglich die Agentur für Arbeit über seinen gesundheitlichen Zustand informieren. Außerdem ist die Aufforderung des Leistungsträgers, sich bei ihm zu melden, in § 59 SGB II festgelegt.

Laut § 2 Abs. 1 S. 3 SGB II hat der eLb eine ihm angebotene zumutbare Arbeitsgelegenheit zu übernehmen, wenn eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Die Ausführungen zu der Arbeitsgelegenheit kann aus § 16 d SGB II entnommen werden. Die Zumutbarkeit einer Arbeitsgelegenheit ergibt sich aus § 10 SGB II, worin steht, dass für den eLb grundsätzlich jede Arbeit zumutbar ist.

Gem. § 2 Abs. 2 S. 1 SGB II haben eLb in eigener Verantwortung alle Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften zu bestreiten. Als zentrale Forderung ist die Eigenverantwortung des eLb anzusehen. Allerdings wird nur der bereits in Absatz 1 normierte

⁵³ Vgl. Münder (2013:54).

⁵⁴ Vgl. Kruse/Reinhard/Winkler (2005:29).

Grundsatz der Ausschöpfung aller Mittel zur Veränderung der finanziellen Situation des eLb wiederholt.

Nach § 2 Abs. 2 S. 2 SGB II müssen eLb ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich einsetzen. Auch hier wird Eigenverantwortung gefordert und zwar dahingehend, dass der eLb alle Möglichkeiten nutzen und vorrangig seine Arbeitskraft einsetzen muss, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Hierbei wird nochmals verstärkt entsprechend Abs. 1 S.1 auf die Pflicht des eLb hingewiesen.⁵⁵

Der eLb muss sich aktiv bemühen, dass seine berufliche Eingliederung erfolgreich ist und darf nicht passiv abwarten bis er eine Arbeitsstelle vermittelt bekommt.⁵⁶

5.3.3. Leistungen des Trägers

Gem. § 1 Abs. 2 S. 2 SGB II ist eine weitere Aufgabe der Grundsicherung für Arbeitssuchende, eLb bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen, sowie die Sicherung des Lebensunterhalts, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können. Die Ersteren werden als aktive Leistungen, die Zweiteren als passive Leistungen bezeichnet. Dies sind die zwei großen Leistungsbereiche, die sich aus § 1 Abs. 3 SGB II ergeben. Die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts werden gem. § 3 Abs. 3 SGB II nur nachrangig erbracht, da sie lediglich eine Schutzfunktion besitzen.⁵⁷ Deshalb wird nachfolgend zuerst auf die aktiven Leistungen, die sich aus dem Grundsatz des Förderns ergeben, eingegangen.

5.3.3.1. Aktive Leistungen/ Grundsatz des Förderns

Die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sind in Kapitel 3 Abschnitt 1 in den §§ 15ff des SGB II dargelegt.

Der Grundsatz des Förderns wird in § 14 SGB II beschrieben. Demnach unterstützen die Träger der Leistungen die eLb umfassend mit dem Ziel

⁵⁵ Vgl. Kruse/Reinhard/Winkler (2005:29f).

⁵⁶ Vgl. Löschau / Marschner (2007:4).

⁵⁷ Vgl. Löschau / Marschner (2007:7).

der Eingliederung in die Arbeit. Dies ergibt sich u.a. aus dem Leistungsgrundsatz gem. § 3 Abs. 1 S. 1 SGB II, nach dem Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erbracht werden können, soweit sie zur Vermeidung oder Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit für die Eingliederung erforderlich sind. Die Verpflichtung zur Eigenverantwortung liegt beim eLb, der Träger unterstützt nur nachrangig. Die Mittel des Leistungsträgers zur Umsetzung der Unterstützungspflicht ergeben sich aus den §§16 ff SGB II, die in der Eingliederungsvereinbarung bzw. im Sofortangebot (§ 15a) konkretisiert sind. Es erfolgen jedoch keine selbstständigen Ansprüche auf Leistungen nach § 14 SGB II.⁵⁸

Laut § 14 S.2 SGB II soll jeder eLb einen persönlichen Ansprechpartner haben. Wünschenswert ist es, dass eine Beziehung zwischen dem eLb und dem persönlichen Ansprechpartner aufgebaut wird, damit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entsteht. Der persönliche Ansprechpartner muss dabei kompetent alle zum eLb passenden Leistungen zur Eingliederung in die Arbeit in Betracht ziehen.⁵⁹

Nach § 14 S. 3 SGB II werden Leistungen zur Eingliederung in die Arbeit unter dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erbracht, welcher bereits bei den Leistungsgrundsätzen in § 3 Abs. 1 S. 4 SGB II erwähnt wird. Bei diesem Grundsatz stellt sich nicht die Frage, ob eine Leistung zu gewähren ist, sondern nur, wie die Leistung zu gewähren ist. Hierbei ist zu bemerken, dass nur bei der Abwägung mehrerer gleich geeigneter Leistungen, die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu beachten sind.⁶⁰

5.3.3.2. Passive Leistungen

Die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sind in Kapitel 3 Abschnitt 2 in den §§ 19ff des SGB II festgesetzt. Der eLb erhält Leistungen in Form von ALG II, das den Regelbedarf (§20 SGB II), den

⁵⁸ Vgl. Münder (2013:355).

⁵⁹ Vgl. Münder (2013:358).

⁶⁰ Vgl. Münder (2013:76).

Mehrbedarf (§21 SGB II) und den Bedarf für Unterkunft und Heizung (§22 SGB II) deckt. Ein geringer Personenkreis der eLb hat zusätzlich noch einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe (§29 SGB II). Sanktionen gegenüber eLb erfolgen lediglich bei den passiven Leistungen. Auf diese wird im Kapitel 6.2. noch näher eingegangen.

6. Sanktionen

Das Zusammenleben in einer Gesellschaft wird durch Normen gesteuert, die das Verhalten von Einzelnen bzw. von Gruppen lenken.

„Normen fordern, verbieten und erlauben Handlungsweisen und bringen Pflichten und Rechte zum Ausdruck.“⁶¹

Damit die vorhandenen Normen eines Sozialsystems aufrecht erhalten werden, benötigt man Sanktionen. Wird im Sinne einer Norm gehandelt, ist mit einer positiven Reaktion, in Form einer Billigung, zu rechnen. Wird stattdessen entgegen einer Norm gehandelt, muss mit einer negativen Reaktion, in Form einer Missbilligung, gerechnet werden. Man spricht auch von der positiven Sanktion, die vom Einzelnen als Belohnung und der negativen Sanktion, die vom Einzelnen als Bestrafung empfunden wird.⁶² Grundsätzlich wird die Sanktion unter dem negativen Aspekt gesehen, der das Nichteinhalten einer Norm missbilligt.

Sanktionen können aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Zum Einen aus der moralischen Sicht, welche zwischen einer inneren und einer äußeren Sanktion unterscheidet. Die innere Sanktion stellt eine Selbstbewertung dar, die die Gefühle im Geiste verkörpern, wie Schmerz und schlechtes Gewissen, bzw. Freude und Glücksgefühle. Die äußere Sanktion, im Gegensatz dazu, ist die Bewertung von außen, unabhängig vom Handelnden selbst. Hierzu zählen soziale Ächtung, der Entzug von Anerkennung bis zum Ausschluss aus einer Gemeinschaft, bzw. Lob und Achtung. Zum Anderen können Sanktionen aus einer rechtlichen Sicht betrachtet werden, welche sich lediglich auf äußere Sanktionen

⁶¹ Buddeberg / Vesper (2013:9).

⁶² Vgl. Lexikon der Psychologie (2013:1350).

beschränkt. Hierbei werden Rechtsnormen nicht eingehalten, die formelle Sanktionen zur Folge haben. Allerdings ist der Sanktionserteilende gegenüber dem Sanktionsadressaten hierarchisch höher angesiedelt.⁶³

Eine Sanktion wirkt verhaltenssteuernd, wenn der Adressat dieser nur durch Anpassung seines Verhaltens entgehen kann.⁶⁴

Formelle Sanktionen sind in verschiedenen Rechtsbereichen anzutreffen, hierzu zählen das Völkerrecht, das Strafrecht, das Privatrecht sowie das Sozialrecht.

Als aktuelles Beispiel für eine positive völkerrechtliche Sanktion ist Griechenland zu nennen. Die EU erbringt finanzielle Unterstützung, wenn Griechenland die auferlegten Forderungen erfüllt. Russland hingegen erhält negative Sanktionen, wie z.B. Einreiseverbote und Vermögenssperren gegenüber einflussreichen russischen Personen und Importverbote verschiedener russischer Güter, da es aufgrund der Einverleibung der Krim völkerrechtliche Vereinbarungen gebrochen hat.

Aus der Sicht des Strafrechts wirken sich u.a. Selbstanzeigen strafmildernd als positive Sanktion aus, wie dies gegenwärtig bei Uli Hoeneß der Fall ist. Eine lebenslängliche Haftstrafe hingegen ist in Deutschland die härteste Form der negativen Sanktion im Strafrecht bei schwersten kriminellen Vergehen.

Positive Sanktionen im Privatrecht sind unter anderem Zusatzurlaub, sowie Gewinnbeteiligung, wenn das Unternehmen durch außergewöhnliche Leistungen seines Mitarbeiters einen Erfolg verbuchen kann. Bei Diebstahl, sowie bei langen und häufigen Fehlzeiten, wird die Kündigung als stärkste negative Sanktionsart eingesetzt.

Nachfolgend wird etwas ausführlicher auf die sozialrechtlichen Sanktionen, speziell im SGB II, eingegangen, da die Bachelorarbeit ihren Fokus auf diesen Bereich legt.

⁶³ Vgl. Buddeberg / Vesper (2013:11ff).

⁶⁴ Vgl. Buddeberg / Vesper (2013:11).

6.1. Sozialrechtliche Sanktionen nach dem SGB II

Auch hier wird zwischen positiven und negativen Sanktionen unterschieden.

Erstere sind Anreize im Hinblick auf die Aufnahme bzw. Ausübung einer Erwerbstätigkeit des eLb in Form von Einstiegsgeld gem. § 16b Absatz 1 Satz 1 SGB II, wenn dadurch die Hilfebedürftigkeit beseitigt werden kann, sowie die Freibetragsregelung für das bei der Einkommensanrechnung freibleibende Einkommen aus der Erwerbstätigkeit gem. § 11b Absatz 2 und 3 SGB II.⁶⁵

Zweiteres sind die negativen Sanktionen, die in einem aktivierenden Wohlfahrtsstaat benötigt werden, da der Einzelne in die Aufgaben- und Arbeitszusammenhänge mit eingebunden wird. Bei der Gewährung von Leistungen durch den Staat besteht eine Kooperationspflicht. Kommt man dieser zuvor ausdrücklich benannten Mitwirkungspflicht nicht nach, muss der Staat durch die Auferlegung von negativen Sanktionen eingreifen, die jedoch nicht als Strafe gelten, weil sie außer einem zeitlich begrenzten Anspruchsausschluss keine weiteren Wirkung mit sich bringen. Somit kann nur sanktioniert werden, wenn die zuvor auferlegte Handlungspflicht missachtet wurde, d.h. bei schuldhaft begangenen Verhalten. Dies spiegelt sich v.a. in der Arbeitslosenversicherung wieder, die einen der stärksten ausgeprägten Maßnahmenkataloge gegen Normverstöße besitzt. Bei der Sanktionierung müssen der Verhaltensverstoß und die Leistungskürzung in einem angemessenen Verhältnis stehen, da in das geschützte Existenzminimum eingegriffen wird. Eine bloße Pflichtverletzung rechtfertigt keine das Existenzminimum sichernde Leistung zu kürzen.⁶⁶ Das Ziel der Sanktion ist die Mitwirkungsbereitschaft des Einzelnen wieder herbeizuführen. Sie hat daher eine erzieherische Funktion, die zu einer Verhaltensänderung des eLb führen soll.⁶⁷

⁶⁵ Vgl. Münder (2013:34).

⁶⁶ Vgl. Eichenhofer (2013:137ff).

⁶⁷ Vgl. Hoenig/Kuhn-Zuber (2012:201).

Zum Einen stellen Sanktionen einen Anreiz zu regelkonformem Verhalten dar und wirken zum Anderen präventiv gegen Regelwidriges durch Androhung von Strafen.⁶⁸

Die rechtlichen Auswirkungen der negativen Sanktionen werden im zweiten Sozialgesetzbuch in den §§ 31ff beschrieben, worauf nun näher eingegangen wird.

6.2. Leistungskürzungen im SGB II

Die Regelungen zu den Sanktionen findet man im Unterabschnitt 5 im Kapitel 3 Abschnitt 2 des SGB II, der die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts behandelt. Die Pflichtverletzungen, die zu den Sanktionen führen, werden nach zwei Kriterien differenziert. § 31 SGB II befasst sich mit einem abschließenden Katalog von Pflichtverletzungen der eLb aufgrund des unzureichenden Einsatzes der Arbeitskraft und Pflichtverletzungen, wie der absichtlichen Verminderung von Vermögen, unwirtschaftlichem Verhalten, sowie Verstößen gegen das SGB III. Die besonderen Pflichtverletzungen wegen Meldeversäumnissen ergeben sich aus § 32 SGB II. Allerdings erfolgt keine Sanktionierung, wenn nach dieser Vorschrift, sowie bei Pflichtverletzungen gem. § 31 Abs. 1 Nr. 1 – 3 SGB II, der eLb einen wichtigen Grund für sein Verhalten darlegen und nachweisen kann.

Die Konsequenzen aus den Pflichtverletzungen sind dem § 31a SGB II zu entnehmen. Sanktionen sind entsprechend dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu erteilen. Diesem Grundsatz wird nicht immer entsprochen, da die gesetzlich vorgegebenen Kürzungen keine Ermessensspielräume bezüglich der Höhe und der Dauer zulassen.⁶⁹

Die Kürzungen des ALG II werden in drei Stufen vollzogen. Sowohl bei der erstmaligen Pflichtverletzung, als auch bei der wiederholten Pflichtverletzung, erfolgt die Kürzung am ALG II in Höhe von 30% bzw. von 60% des Regelbedarfs gem. § 20 SGB II. Jede weitere wiederholte

⁶⁸ Vgl. Ehrentraut/Plume/Schmutz/Schüssler (2014:4).

⁶⁹ Vgl. Hönig / Kuhn-Zuber (2012:201).

Pflichtverletzung führt zum vollständigen Wegfall des ALG II. Gem. § 31a Abs. 1 S. 6 SGB II kann der zuständige Träger bei einer vollständigen Kürzung des ALG II diese auf 60% des Regelbedarfs begrenzen, wenn sich die eLb nachträglich bereit erklären, ihren Pflichten nachzukommen.

Verschärfte Sanktionen an der Kürzung des ALG II entsprechend dem Absatz 2 gelten für eLb, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Mit der ersten Pflichtverletzung wird der Regelbedarf vollständig gekürzt. Das heißt nur noch Leistungen der Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden gewährt. Bei einer wiederholten Pflichtverletzung entfällt das ALG II vollständig. Allerdings kann der Leistungsträger unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles wieder die für die Bedarfe nach § 22 SGB II zu erbringenden Leistungen gewähren, wenn sich der unter 25-jährige eLb nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten nachzukommen.

Die in den Absätzen 1 und 2 beschriebenen Rechtsfolgen beziehen sich ausschließlich auf den wie bereits oben erwähnten abschließenden Katalog der Pflichtverletzungen nach § 31 SGB II. Die Rechtsfolgen der Meldeversäumnisse werden direkt aus dem § 32 SGB II entnommen. Das ALG II mindert sich demnach um 10% des maßgebenden Regelbedarfs. Jedoch können gem. Absatz 2 die Minderungen aus Meldeversäumnissen denen aus § 31 SGB II hinzuaddiert werden.

Einen Ermessensspielraum nach § 31a Abs. 3 SGB II hat der Träger bei der Gewährung von ergänzenden Sachleistungen oder Geldleistungen, sofern das Arbeitslosengeld II um mehr als 30% des Regelbedarfs gekürzt ist. Lebt der eLb jedoch mit einem minderjährigen Kind in einem Haushalt, muss der Träger die oben genannten Leistungen erbringen. Wird hingegen das ALG II um mindestens 60% des Regelbedarfs gekürzt, sollen die bestehenden Leistungen bei Bedarf für Unterkunft und Heizung direkt an den Vermieter oder andere Empfangsberechtigte gezahlt werden.

Der Beginn und die Dauer der Minderung ergeben sich aus § 31b SGB II. Nach Absatz 1 beginnt eine Leistungskürzung frühestens mit dem Beginn

des Kalendermonats, der auf den wirksam geworden Verwaltungsakt folgt. Sie beträgt grundsätzlich 3 Monate. Für unter 25-jährige Leistungsbezieher kann es jedoch eine verkürzte Minderung auf 6 Wochen geben. Allerdings kann längstens 6 Monate nach begangener Pflichtverletzung eine Leistungskürzung durchgeführt werden. Liegt eine Leistungskürzung vor, ist die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Vorschriften des SGB XII ausgeschlossen (§ 31b Abs. 2 SGB II). Nach ausführlicher Darstellung der Sanktionsvorschriften des SGB II folgt nunmehr deren Kritik durch verschiedene Akteure.

7. Kritik verschiedener Akteure an den derzeitigen Sanktionsregelungen

Aus der allgemeinen Vorschrift des § 1 SGB II ergibt sich, dass bei den Leistungskürzungen gem. den §§ 31 ff SGB II das verfassungsrechtliche soziokulturelle Existenzminimum zu beachten ist. Die Sanktionsregelungen sollen allerdings eine Verhaltenssteuerung des eLb bewirken. Zum Einen soll ein Anreiz zu einem regelkonformen Verhalten geschaffen werden und zum Anderen eine Abweichung des Verhaltens mittels Androhung oder Durchführung von Sanktionen vermieden werden. Ob diese Sanktionsregelungen diesbezüglich sinnvoll sind, wird aktuell parteipolitisch sowie in Verbänden und Gewerkschaften stark diskutiert und kritisiert. Hierzu nachfolgend einige Meinungen.

7.1. Die Piraten (NRW)

Die Piraten sind der Ansicht, dass das Erteilen von Sanktionen einen hohen Verwaltungsaufwand und somit das Verschwenden interner Ressourcen darstellt. Die Meldeversäumnisse werden derzeit am stärksten sanktioniert. Um diesem entgegen zu wirken, sind die Fallmanager dazu angehalten, die eLb telefonisch an die Termine zu erinnern, damit sie diese nicht versäumen. Ein gewünschter Effekt wird jedoch nicht erzielt. Es kommt weiterhin zur Sanktionierung von

Meldeversäumnissen. Deshalb stellen sich die Piraten die Frage, ob diese überhaupt sanktioniert werden sollten.⁷⁰

Sie fordern nicht nur die Aussetzung der Regelungen des § 32 SGB II, sondern auch die Aussetzung der Regelungen des § 31 SGB II. Zumindest wollen sie die vorgeschriebenen Zeiträume der Sanktionierung von 3 Monaten nach unten hin kürzen. Außerdem verlangen sie einen Ermessensspielraum bei der Totalsanktionierung der unter 25-jährigen eLb.⁷¹

7.2. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V.

Der Deutsche Verein ist der Auffassung, dass es leistungsrechtliche Sanktionen geben muss, wenn ein eLb seiner Mitwirkungspflicht nicht nachkommt. Es besteht aber ein erheblicher Reformbedarf der Sanktionsregelungen.

Weiter ist er der Meinung, dass Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen gleich behandelt werden müssen. Es darf bezüglich des Alters keine Unterschiede geben, da diese einen Verstoß gegen die Norm des Gleichheitsgrundsatzes nach Art. 3 GG darstellen. Es gibt keine Rechtfertigung eine unterschiedliche Behandlung hinsichtlich des Alters der eLb durchzuführen, die verschärfte Eingriffe in das Existenzminimum erlauben. In keinem anderen Sozialgesetzbuch wird die Altersgruppe der unter 25-Jährigen so stark verpflichtet, wie im SGB II. Untersuchungen die nachweisen, dass unter 25-Jährige durch eine verstärkte Sanktionierung die geforderte Verhaltensänderung erbringen, gibt es nicht. Der Deutsche Verein fordert, dass bei wiederholten Pflichtverletzungen dennoch die Leistungen für Unterkunft und Heizung gewährt werden sollen. Es darf daher keine Totalsanktionierung erfolgen.

⁷⁰ Vgl. Drucksache 16/4162 vom 08.10.2013.

⁷¹ Ebenda.

Leistungskürzungen dürfen lediglich am Regelbedarf vorgenommen werden. Wird das ALG II um mehr als 30% des Regelbedarfs gekürzt, muss der Tatbestand individuell untersucht werden.

Weiter wird kritisiert, dass bei einer Totalsanktion der gesetzliche Krankenversicherungsschutz verloren geht. In diesem Fall muss ein Krankenversicherungersatz vorliegen, damit diesem entgegengewirkt werden kann.

Eine weitere Forderung des Deutschen Vereins ist es, den starren Sanktionszeitraum von 3 Monaten nach § 31b SGB II altersunabhängig auf 6 Wochen zu halbieren. Sobald der eLb das Verhalten ändert, ist die Leistungskürzung altersunabhängig zum nächst möglichen Zeitpunkt zu beenden.

Auch wird eine ausführliche Auflistung, der im § 309 Abs. 2 SGB III festgelegten Meldegründe in der Grundnorm des § 32 SGB II verlangt. Nur so werden die Meldeversäumnisse wegen leistungsrechtlichen Angelegenheiten im Sinne des Grundsatzes des Förderns und Forderns begründet.

Die Fallmanager sollen gezielter auf die individuellen Tatbestände bei der Eingliederung eingehen und weniger auf Fließbandarbeit setzen. Werden diese bei der Ausarbeitung der Eingliederungsvereinbarung nicht berücksichtigt, ist bei einer darauffolgenden Verweigerung des eLb eine Sanktionierung nicht sinnvoll. Stellen die Fallmanager fest, dass beim eLb psychische oder soziale Probleme vorliegen, darf nicht sanktioniert werden. Stattdessen sollen Hilfskonzepte angeboten werden, um den Vorgang an den entsprechenden Fachdienst weiterzuleiten.

Zuletzt wird grundsätzlich eine schriftliche Rechtsfolgenbelehrung verlangt, damit die Ordnungsmäßigkeit und Rechtssicherheit gewahrt ist.⁷²

⁷² Gesamtes Kapitel 7.2. vgl. Stellungnahme 16/1753 des Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 12.05.2014.

7.3. Die Grünen

Nach Aussage der Grünen sollte der Arbeitssuchende hinsichtlich der Eigeninitiative gefördert und ihm ein gewisses Maß an Selbstbestimmung zugestanden werden. Fänden diese Aspekte, sowie die individuellen Qualifikationen und Wünsche des eLb bei der Eingliederungsvereinbarung keine Berücksichtigung, wäre es nicht sinnvoll, eine Sanktion aufgrund einer Pflichtverletzung durchzuführen.

Der Grundsatz des Förderns und des Forderns steht im Vordergrund. Diese beiden Grundforderungen sollen zu mehr Motivation des Langzeitarbeitslosen führen. Daher müssen Wünsche und das Wahlrecht des eLb beim Eingliederungsprozess berücksichtigt werden. Bis diese Forderungen erfüllt sind, stehen die Grünen für ein Sanktionsmoratorium (=zeitlich begrenzte Aussetzung von Sanktionen). Sie verlangen kompetentes Fachpersonal, sowie eine individuelle und qualitative auf den eLb abgestimmte Bearbeitung durch die Fallmanager. Bei Nichtbeachtung dieser Kriterien wäre eine ausgearbeitete Eingliederungsvereinbarung fehlerhaft und somit eine aufgrund einer Pflichtverletzung erteilte Sanktion nicht sinnvoll.

Auch stehen die aktuellen Sanktionsregelungen unter Kritik. Es wird die Rücknahme der verschärften Sanktionen gegenüber den unter 25-Jährigen gefordert. Die Grünen schließen sich der Position von Prof. Dr. Uwe Berlit an, der die Meinung vertritt, dass die Sanktionen verfassungswidrig sind und es keinen sachlichen Grund für eine Altersdifferenzierung gibt.⁷³

Auch wird eine umgehende Beendigung der Sanktionierung gegenüber den eLb ab Eintritt der Verhaltensänderung, unabhängig vom Alter, begehrt.

Die Grünen verlangen, dass Sanktionen nicht ohne schriftliche Rechtsfolgenbelehrung erteilt werden dürfen. Während eines

⁷³ Vgl. REPORTMAINZ vom 19.07.2010, zitiert nach Drucksache 17/3207 vom 06.10.2010.

Widerspruchsverfahrens des eLb muss die aufschiebende Wirkung gewahrt sein.

Sie gehen sogar einen Schritt weiter und fordern die Abschaffung der Sanktionen, da diese ihrer Meinung nach lediglich dem Zweck der Kosteneinsparung dienen.

Abschließend sollen Ombudsstellen (Schlichtungsstellen) eingerichtet werden, die als unabhängige Institutionen bei Konflikten sowohl zwischen Jobcenter und eLb, als auch zwischen Gericht und eLb als gütliche Einigungsstelle fungieren, damit eine Sanktionierung vermieden wird.⁷⁴

7.4. Die Linken (NRW) , die Linken (Bund)

Die Linken (NRW) fordern ein Sanktionsmoratorium, bei dem die §§ 31ff SGB II ausgesetzt werden sollen. Des Weiteren kritisieren sie, dass bei der Erteilung von Sanktionen die geltenden formellen Rechtsvorschriften oftmals nicht beachtet werden.⁷⁵

Eine Forderung der Linken (Bund) ist die Abschaffung sämtlicher Sanktionen nach dem SGB II. Ihrer Meinung nach ist das durch Sanktionen hervorgerufene Unterschreiten des Existenzminimums nicht mit der Verfassung vereinbar.⁷⁶

Sie drängen darauf hin, dass die Widersprüche aufgrund von Sanktionen bis zum Inkrafttreten einer Gesetzesänderung aufschiebende Wirkung haben müssen. Hierbei wird der Staat in die Verantwortung genommen, diese gesetzlichen Anforderungen zu schaffen, damit genügend existenzsichernde Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.⁷⁷

7.5. Arbeitsgemeinschaft Bund/Länder

Die Arbeitsgemeinschaft Bund/Länder hat folgende Vorschläge zur Vereinfachung der passiven Leistungen nach dem SGB II, insbesondere des Sanktionsrechts, hervorgebracht:

⁷⁴ Gesamtes Kapitel 7.3. vgl. Drucksache 17/3207 vom 06.10.2010.

⁷⁵ Vgl. Drucksache 15/1309 vom 15.02.2011.

⁷⁶ Vgl. Drucksache 17/5174 vom 22.03.2011.

⁷⁷ Ebenda.

Sie stellt fest, dass die bisherigen Regelungen der verschärften Sanktionierung der unter 25-Jährigen abgeschafft werden und es stattdessen eine einheitliche Vorschrift für alle, unabhängig vom Alter, geben soll.

Es wird vorgeschlagen einen einheitlichen Minderungsbetrag für jede Pflichtverletzung, unabhängig davon, ob Erst- oder Wiederholungsfall, anzusetzen.

Desweiteren wird die Forderung nach Schriftlichkeit der Rechtsfolgenbelehrung bei Pflichtverletzungen wegen Rechtssicherheit unterstützt.

Außerdem soll es künftig keine Minderung bei der Unterkunft und Heizung gem. § 31a SGB II mehr geben.⁷⁸

7.6. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)

Bei der Bewertung des Abschlussberichts der Arbeitsgemeinschaft Bund/Länder ist die BAGFW zum Ergebnis gekommen, dass sie deren Vorschlägen, im Hinblick auf das Sanktionsrecht, zustimmt.

Eine Gleichstellung der Sanktionsvorschriften muss altersunabhängig erfolgen. Sie zweifeln allerdings die Begründung an, dass die unter 25-Jährigen durch eine schnellere Vermittlung in die Arbeit bevorzugt behandelt werden und somit bei ihnen härtere Sanktionen stattfinden können. Die unter 25-Jährigen werden in keinem anderen Sozialgesetzbuch so stark wie im SGB II in die Pflicht genommen.

Die BAGFW verlangt nicht nur einen einheitlichen Minderungsbetrag bei jedem pflichtwidrigen Verhalten unabhängig von der Häufigkeit, sondern sie fordert eine Maximalbeschränkung der Kürzung des ALG II um 30% des Regelbedarfs. Diese Forderung soll zusätzlich einzelfallbezogen

⁷⁸ Gesamtes Kapitel 7.5. vgl. Bericht über die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vereinfachung des passiven Leistungsrechts – einschließlich des Verfahrensrechts – im SGB II (AG Rechtsvereinfachung im SGB II) vom 02.07.2014.

überprüft werden, wobei variabel bis zu einer Höhe von 30% des Regelbedarfs sanktioniert werden darf.

Die schriftliche Rechtsfolgebelehrung wird verlangt, da eine umfassende Aufklärung der eLb nur mittels Schriftform unter dem Gesichtspunkt der Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit gewahrt ist. Es darf künftig keine Minderung für Unterkunft und Heizung geben. Das Existenzminimum nach Art. 1 GG i.V.m. Art. 20 GG muss gewährleistet sein, zu dem auch das Recht auf Wohnen zählt.

Die BAGFW drängt auf eine Vereinfachung des starren Sanktionszeitraums gem. § 31b SGB II dahingehend, dass dieser altersunabhängig auf 6 Wochen festgelegt wird.

Die Fallmanager sollen kundenfreundlicher und individueller auf den eLb eingehen. Außerdem muss eine dauerhafte Bearbeitung durch denselben Berater gewährleistet sein, um künftigen Konflikten aus dem Weg zu gehen. Sollten diese Voraussetzungen bei der Ausgestaltung der Eingliederungsvereinbarung keine Berücksichtigung finden, hat das zur Folge, dass die aufgrund einer Pflichtverletzung erteilten Sanktionen nicht sinnvoll sind.⁷⁹

7.7. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Der DGB verlangt eine Maximalbeschränkung der Sanktionen auf 30% des Regelbedarfs, da höhere Kürzungen das physische Existenzminimum angreifen. Sollte diesem Vorschlag nicht zugestimmt und an der Kürzung von mehr als 30% festgehalten werden, muss ein Rechtsanspruch auf einen Ersatz in Form von Sachleistungen oder Gutscheinen für den die über 30%ige Leistungskürzung übersteigenden Betrag gewährt werden. Auch dürfen die Kosten für Unterkunft und Heizung aufgrund verfassungsrechtlicher Widersprüche nicht gekürzt werden.

Der starre dreimonatige Sanktionszeitraum soll altersunabhängig zum Folgemonat gekürzt werden, sobald eine Verhaltensänderung eintritt.

⁷⁹ Gesamtes Kapitel 7.6. vgl. BAGFW - Positionspapier zu den Ergebnissen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vereinfachung des passiven Leistungsrechts - einschließlich des Verfahrensrechts - im SGB II (Rechtsvereinfachung im SGB II), 14.10.2014.

Eine verstärkte Sanktionierung gegen die unter 25-jährigen eLb ist altersdiskriminierend und verfassungswidrig nach dem Grundgesetz gem. Art. 3, sowie nach dem § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und muss damit aufgegeben werden. Der Ausnahmetatbestand nach § 10 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes liegt nicht vor, da eine unterschiedliche Behandlung objektiv nicht angemessen ist.

Sanktionen bei Ablehnung von Ein Euro Jobs darf es nicht geben, da sie lediglich Eingliederungsmaßnahmen sind.

Außerdem sollen Ombudsstellen in Form von Beratungsstellen eingeführt werden, um Konflikte zwischen Fallmanagern und eLb zu vermeiden, sowie auch gegenüber dem Gericht Rechtshilfe zu leisten.⁸⁰

7.8. Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Soziales der CDU/CSU

Die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU begehrt die Streichung der Arbeitsgelegenheiten gem. § 16d SGB II der aktuellen Fassung, weil diese keine Beschäftigung im eigentlichen Sinne darstellen. Eine Integration in den Arbeitsmarkt im Hinblick auf die Reduzierung der Arbeitslosenzahl findet hiermit nicht statt.

Außerdem wünscht sie den Ausbau von Beschäftigungsmöglichkeiten für die Langzeitarbeitslosen, da diese besonders schwer in eine Arbeit zu vermitteln sind. Es wird folglich verstärkt auf eine Eingliederung in den zweiten Arbeitsmarkt, d.h. die Ausübung einer Beschäftigung bei zeitgleicher Unterstützung durch den Staat, gesetzt. Demzufolge wird bereits die Begründung für eine solche Pflichtverletzung, die zu einer Sanktion führen kann, ausgehebelt.

Die Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU akzeptiert zwar die Sanktionsregelungen in der jetzigen bestehenden Form, hält sie aber zur Steuerung des Verhaltens der eLb alleine für nicht sinnvoll. Daher sollen

⁸⁰ Gesamtes Kapitel 7.7. vgl. arbeitsmarkttaktuell DGB, Nr. 04/ September 2013, Sanktionen im Hartz-IV-System: Funktion, Entwicklung und DGB-Positionen.

zusätzlich noch Anreize geschaffen werden, die das vom eLb erwartete Verhalten belohnen.⁸¹

7.9. Die Diakonie

Um einen gesicherten Grundbedarf der eLb zu gewährleisten, schlägt die Diakonie vor, dass die individuellen Wünsche, sowie das Wahlrecht bei der Eingliederung in Arbeit Berücksichtigung finden und für jeden Einzelnen ein Rechtsanspruch hierauf bestehen muss. Daraus ist zu schließen, dass ohne diese Voraussetzungen die Sanktionierung bei einer Mitwirkungspflichtverletzung nicht sinnvoll ist.

Des Weiteren fordert die Diakonie eine aufschiebende Wirkung bei Widersprüchen.

Die Einführung von Ombudsstellen ist für eine sinnvolle Sanktionierung unumgänglich. Es wird eine mildere, variablere auf den Einzelfall bezogene Sanktionierung gewünscht.

Außerdem wird vorgeschlagen eine verstärkte Sanktionierung gegenüber den unter 25-Jährigen abzuschaffen.

Das Höchstmaß der Sanktionierung am ALG II sollte auf maximal 30% des Regelsatzes festgelegt werden. Bei einer tatsächlichen Unterschreitung des ALG II um mehr als 10% des Regelbedarfs, ist grundsätzlich eine Sachleistung zu erbringen.

Der starre dreimonatige Sanktionszeitraum ist zu flexibilisieren. Somit soll ab Verhaltensänderung des eLb eine umgehende Beendigung der Sanktionierung durchgeführt werden.

Grundsätzlich darf es keine Sanktionierung bei schwangeren eLb und bei denen in Elternzeit geben.⁸²

⁸¹ Gesamtes Kapitel 7.8. vgl. Vorschlag für ein Positionspapier aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, AG Arbeit und Soziales, Arbeitsmarktpolitik 2020 – Schritt in die Zukunft vom Oktober 2014.

⁸² Gesamtes Kapitel 7.9. vgl. Diakonie Positionspapier von 05/2012, Rechtssicherheit und Fairness bei Grundsicherung nötig - Diakonie-Umfrage ergibt: SGB-II-Rechtsansprüche regelmäßig nicht umgesetzt.

7.10. Paritätischer Gesamtverband

Der Paritätische Gesamtverband fordert mehr Variabilität bei der verstärkten Sanktionierung der unter 25-Jährigen. Diese soll in abgemilderter Form einzelfallbezogen angewendet werden.⁸³

Bei einer Kürzung des ALG II um mehr als 30%, drängt der Verband darauf hin, Sachleistungen zu erbringen. Damit bleibt die Sicherung des Existenzminimums gewahrt. Außerdem wird einer sozialen Notlage entgegengewirkt.⁸⁴

7.11. SPD

Grundsätzlich ist die SPD gegen eine Abschaffung der bestehenden Sanktionsregelungen. Sie sollen allerdings in ihrer Anwendung vereinfacht und praktikabler gestaltet werden.⁸⁵ Die SPD setzt sich dafür ein, dass eine Leistungskürzung aufgrund von Sanktionen nicht in der bestehenden Form durchgeführt werden soll.

Es wird eine individuell angepasste Leistungskürzung gefordert. Außerdem ist bei einer Verhaltensänderung des Leistungsberechtigten die Sanktion umgehend zu beenden.

Die verschärfte Sanktionierung gegenüber den unter 25-Jährigen muss dahingehend abgemildert werden, dass eine altersunabhängige Kürzung zu erfolgen hat. Eine Totalsanktionierung, d.h. das Streichen der Leistungen für Unterkunft und Heizung muss abgeschafft werden.

Abschließend verlangt die SPD aus Gründen der Rechtssicherheit die Schriftform der Rechtsfolgenbelehrung.⁸⁶

⁸³ Vgl. Positionspapier der Paritätische Gesamtverband 1. Auflage vom September 2010, Ausgrenzungsprozessen entgegentreten – Neujustierung von Hilfen für Jugendliche und junge Erwachsene.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ Vgl. Mast, 19.09.2014, SPD Bundestagsfraktion Website.

⁸⁶ Gesamtes Kapitel 7.11. vgl. Drucksache 17/6454 SPD vom 05.07.2011.

8. Rechtfertigung der wichtigsten Forderungen der Akteure

Betrachtet man rückwirkend die verschiedenen Kritiken der einzelnen Akteure wird deutlich, dass sich ihre Forderungen zur Änderung bzw. Abschaffung der Sanktionsregelungen oftmals überschneiden.

Sie verlangen vor allem die Gewährleistung von Rechtssicherheit bei der Bearbeitung der Leistungsfälle. Hierunter ist zu verstehen, dass der Fallmanager individuell bei der Eingliederungsvereinbarung auf die persönlichen Belange des eLb eingehen soll. Damit diese Vorstellung umgesetzt werden kann, erfordert es kompetentes Fachpersonal, das sich u.a. auch mit der komplexen Rechtslage auskennt. Ansonsten müssen mehrere Einzelsitzungen zwischen Fallmanager und eLb anberaumt werden, um eine Übereinstimmung in der Eingliederungsvereinbarung zu erzielen. Dies führt zu hohen Verwaltungskosten. Sollte es allerdings bereits bei der Umsetzung der Eingliederungsvereinbarungen zu Konflikten kommen, wäre es vorteilhaft, die von den Akteuren gewünschten Ombudsstellen einzuführen. Diese sollen außerdem als Schlichtungsstelle zwischen den eLb und den Gerichten aufgrund von Widersprüchen oder Klagen fungieren. Rechtssicherheit wird auch durch die vorherige schriftliche Rechtsfolgenbelehrung gewährleistet. Aufgrund der komplexen rechtlichen Regelungen werden oftmals Rechtsvorschriften falsch oder gar nicht beachtet, sowie Rechtsfolgebelehrungen unterlassen. Wie in Kapitel 3 bereits erwähnt, haben eine Vielzahl der eingelegten Widersprüche und Klagen Erfolg, mit dem Resultat von weiteren sehr hohen Verwaltungskosten. Somit ist die Forderung gerechtfertigt, dass die Rechtsvorschriften vereinfacht werden müssen.

Auch sind viele Akteure der Meinung, dass es keine Totalsanktionierung geben darf. Es muss zumindest die Leistung für Unterkunft und Heizung weiter gewährt werden. Wie bereits in Kapitel 5.3.1. erwähnt, wird der individuell ermittelte Regelbedarf am Existenzminimum bemessen, welcher die Würde des Menschen gewährleistet. Bei dem Existenzminimum handelt es sich um ein Grundrecht, das sich aus Art. 1

Abs. 1 GG i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG herleiten lässt. Bereits durch die erste Sanktionierung aufgrund einer pflichtwidrigen Handlung wird dieses schon nicht mehr gewährleistet. Eine Totalsanktionierung verletzt somit das menschenwürdige Existenzminimum des eLb unverhältnismäßig stark. Allerdings wird die verfassungswidrige Leistungskürzung durch die Regelung des § 31a Abs. 3 S. 1 SGB II wieder verfassungsrechtlich konform. Der eLb kann auf Antrag ergänzende Leistungen erhalten, um das finanzielle Defizit wieder zu komprimieren. Ein zusätzliches Antragserfordernis auf ergänzende Leistungen darf jedoch nicht Voraussetzung dafür sein, dass Leistungen für Unterkunft und Heizung gewährt werden, um der Obdachlosigkeit zu entgehen. Die drohende Gefahr der Wohnungslosigkeit darf niemals bestehen. Daher ist die Forderung der Akteure, dass grundsätzlich Leistungen für Unterkunft und Heizung erbracht werden müssen, gerechtfertigt. Einige verlangen sogar, dass auch bei mehreren Pflichtverletzungen höchstens eine Kürzung um 30% des Regelbedarfs am ALG II erfolgen darf. Die Regelung, die die verfassungskonforme Gewährleistung des Existenzminimums mit Lebensmittelgutscheinen wiederherstellt, entspricht ihrer Ansicht nach nicht der Menschenwürde. Viele eLb fühlen sich beim Einlösen dieser Gutscheine gedemütigt oder schämen sich.

Außerdem soll die Sanktionierung nach Ansicht der Akteure nicht pauschal nach den gesetzlich vorgegebenen Kürzungsstufen durchgeführt, sondern am individuell gegebenen Sachverhalt und an den persönlichen Lebensumständen des Leistungsempfängers bemessen werden.

Ein weiterer Kritikpunkt an den bestehenden Sanktionsregelungen ist, dass die Sanktionszeiträume fest vorgeschrieben sind. Es wird daher gefordert, diese ab Eintreten der gewünschten Verhaltensänderung des eLb zu flexibilisieren. Gesetzlich festgelegte Sanktionszeiträume widersprechen dem Grundgedanken der Erziehungsmaßnahmen und der oben genannten Motivationstheorie. Sobald eine gewünschte

Verhaltensänderung eintritt, ist diese mit einer positiven Reaktion, in Form von der Beendigung der Sanktionsmaßnahme, zu erwidern.

Noch mehr bemängeln die Akteure die verschärften Sanktionen gegenüber den unter 25-Jährigen. In Art. 3 Abs. 1 GG ist festgelegt, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Eine Differenzierung nach dem Alter widerspricht somit dem Gleichheitsgrundsatz. Daher muss eine Sanktionierung altersunabhängig erfolgen.

9. Wirkungen von Sanktionen

Die oben vorgestellten Akteure fordern die bestehenden Sanktionsregelungen zu ändern oder gar aufzuheben. Daraus ist zu folgern, dass diese in der jetzt bestehenden Form nicht sinnvoll sind. Allerdings sind die Sanktionen noch dahingehend zu prüfen, ob sie überhaupt wirksam sind und damit ihren Zweck erfüllen. Anhand von empirischen Untersuchungen und in der Realität vorkommenden Folgen von Sanktionen werden verschiedene Wirkungen erzeugt. Man spricht von den intendierten und nichtintendierten Wirkungen.

9.1. Intendierte Wirkungen

Eine intendierte, d.h. gewünschte Wirkung kann allein schon durch das eigentliche Bestehen der Sanktionsregelung erreicht werden.⁸⁷ Bereits die Mitteilung und Unterrichtung über Sanktionen, sowie deren Androhung, erzielen beim eLb das gewünschte regelkonforme Verhalten.⁸⁸ Mittels der Möglichkeit eine Sanktion zu verhängen, wird eine Anreizwirkung erzielt, eine Beschäftigung aufzunehmen, da sonst mit einer finanziellen Einbuße zu rechnen ist.⁸⁹ Folglich wirkt sich sowohl die Androhung von Sanktionen, als auch deren Verhängung positiv auf das Verhalten des eLb aus.⁹⁰ Dieser ex ante und ex post Effekt bewirkt eine erhöhte

⁸⁷ Vgl. Götz/Ludwig-Mayerhofer/Schreyer (2010:3).

⁸⁸ Vgl. Wolff (2014:6).

⁸⁹ Vgl. Noll (2012:9).

⁹⁰ Vgl. Davilla (2011:262).

Arbeitssuchintensität.⁹¹ Im Umkehrschluss kann man sagen, dass ohne Sanktionsandrohung oder deren Verhängung der eLb nicht motiviert ist, sein Verhalten zu ändern.⁹² Sanktionen wirken präventiv, denn sie verhindern einen absichtlichen Bezug von ALG II mangels Desinteresse an Arbeit.⁹³

Sofern aufgrund von einer Leistungskürzung der Reservationslohn, das ist der Lohn bei dem ein eLb zu arbeiten bereit ist, sinkt, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass eine Beschäftigung aufgenommen wird.⁹⁴

Sanktionen gegen Meldepflichtsverletzungen lösen hauptsächlich bei der Altersgruppe der unter 25-Jährigen eine besonders starke Verhaltensänderung aus. Sie begünstigen die bei diesem Personenkreis fehlenden Tugenden, wie Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit, zu wecken.⁹⁵ Außerdem bewirken die verschärften Leistungskürzungen, dass die gewünschte Verhaltensänderung sich ins Erwerbsleben zu integrieren, um einen Ausbildungsplatz bzw. eine Beschäftigung zu erhalten, von mittlerer Dauer und nicht nur kurzfristig ist.⁹⁶

Wie bereits schon oben erwähnt, erzeugen Sanktionen auch negative Effekte, auf die als Nächstes näher eingegangen wird.

9.2. Nichtintendierte Wirkungen

Sanktionen können nicht gewollte Effekte hervorrufen, u.a. psychischen Druck auf die eLb ausüben. Leistungskürzungen bewirken, dass die eLb ihre Ansprüche an die Arbeit reduzieren und demnach die Bereitschaft der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit im Niedriglohnsektor zeigen.⁹⁷ Oftmals wird überstürzt eine Arbeit angenommen, ohne darüber nachzudenken, ob man dabei überfordert ist.⁹⁸ Dieses Verhalten zeigt sich besonders bei der Altersgruppe der unter 25-Jährigen, die sich gezwungen fühlen, schnellst

⁹¹ Vgl. Hofmann u.a. (2011:10).

⁹² Vgl. Wolff (2014:6).

⁹³ Vgl. Noll (2012:24).

⁹⁴ Vgl. Ehrentraut/Plume/Schmutz/Schüssler (2014:25).

⁹⁵ Vgl. Götz/Ludwig-Mayerhofer/Schreyer (2010:4).

⁹⁶ Vgl. Wolff (2014:7).

⁹⁷ Vgl. Wolff (2014:7).

⁹⁸ Vgl. Ames (2009:163).

möglichst einen Job anzunehmen, das allerdings entgegen dem Grundgedanken der Qualifizierung und nachhaltigen Integration steht.⁹⁹ Sie lassen sich deshalb in Ein-Euro-Jobs oder Eingliederungsmaßnahmen vermitteln, obwohl diese nicht ihren eigentlichen Bedürfnissen der Eingliederung in Arbeit, d.h. Beginn einer Ausbildung bzw. Qualifizierung, entsprechen.¹⁰⁰ Das eigene Urteilsvermögen wird durch die Androhung von Sanktionen nicht bestärkt, sondern im Gegenteil unterdrückt.¹⁰¹

„Die Sanktionsdrohungen verstärken die Ohnmachtsgefühle und Existenzängste, unter der die meisten Erwerbslosen ohnehin leiden, massiv. Sie machen die Menschen willfährig, nicht aktiv und handlungsfähig.“¹⁰²

Sanktionen können Schlafstörungen, Depressionen, massive Schuldgefühle, soziale Ängste, Zwänge, Minderwertigkeitsgefühle und psychosomatische Erkrankungen hervorrufen.¹⁰³

Stärkere Sanktionen sind nicht unbedingt effektiv, weil eine zu große Spannbreite zwischen Mitwirkungsbereitschaft und Nichtmitwirkung gegeben ist.¹⁰⁴

Die aufgrund von einer Leistungskürzung erhaltenen Lebensmittelgutscheine führen dazu, dass sich die eLb beim Einlösen dieser gedemütigt fühlen.¹⁰⁵ Ein weiterer psychologischer Effekt ist, dass Sanktionen oftmals demotivierend wirken und die eLb dementsprechend nicht mehr mit dem Jobcenter zusammenarbeiten und sich deshalb weigern, Arbeitsangebote anzunehmen.¹⁰⁶ Bei den unter 25-Jährigen führt dies sogar soweit, dass sie resignieren und sich vom Jobcenter zurückziehen.¹⁰⁷ Der vollständige Kontaktabbruch bewirkt ein Verschwinden aus der ALG II Statistik, was eine gewisse Farce darstellt,

⁹⁹ Vgl. arbeitsmarkttaktuell DGB, Nr. 04/ September 2013, Sanktionen im Hartz-IV-System: Funktion, Entwicklung und DGB-Positionen (2013:11).

¹⁰⁰ Vgl. Sopoaktuell Arbeitsmarkt und Sozialpolitik Nr. 186, Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen im SGB II fördern – verschärfte Sanktionen abschaffen, 24.09.2014.

¹⁰¹ Vgl. Ames (2009:170).

¹⁰² Ames (2009:169).

¹⁰³ Vgl. Ames (2009:40ff).

¹⁰⁴ Vgl. Wolff (2014:12).

¹⁰⁵ Vgl. Ames (2009:157).

¹⁰⁶ Vgl. Ames (2009:168f).

¹⁰⁷ Vgl. Götz/Ludwig-Mayerhofer/Schreyer (2010:6).

da dies eigentlich nur durch eine Wiedereingliederung in Arbeit geschehen sollte.¹⁰⁸

Andere negative Effekte resultieren aufgrund von starker Sanktionierung bis hin zur Totalsanktionierung. Die eLb befinden sich dadurch in einer finanziellen Notlage. Mit dem wenigen, das ihnen zur Verfügung steht, müssen sie für gesunde Ernährung, Heizung, Strom und Miete sorgen. Das führt zu einer Verschuldung mit der Konsequenz, dass der Strom und das Telefon gesperrt werden, der Vermieter die Wohnung kündigt und die eLb letztendlich obdachlos werden. Diesem Teufelskreis können vor allem die unter 25-Jährigen nicht entfliehen. Vor allem ist ein extremer Anstieg der Wohnungslosigkeit bei dieser Altersgruppe zu verzeichnen.¹⁰⁹ Durch den Verlust der Wohnung kommen auch auf den Leistungsträger weitere Kosten zu, denn er muss den eLb bei der Wohnungssuche unterstützen und den Umzug in die neue Wohnung finanzieren.¹¹⁰ Diese Lebensumstände führen letztendlich zu einer sozialen Ausgrenzung.¹¹¹ Der ständige Überlebenskampf hat bei den eLb zur Folge, dass sie

*„sich auf illegale Weise ein alternatives Einkommen [...] verschaffen beziehungsweise auf illegale Weise Ausgaben [...] vermeiden, [...]“*¹¹²

Da die unter 25-Jährigen oftmals keine familiäre Unterstützung haben, wird hauptsächlich bei diesem Personenkreis ein Anstieg von Kriminalität beobachtet.¹¹³ Hierzu zählen der Verkauf von Rauschgift, die Beteiligung an Einbrüchen, das „Schwarzfahren“ mit öffentlichen Verkehrsmitteln, sowie der Diebstahl von Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken.¹¹⁴ Zusätzlich werden sie zur Schwarzarbeit verleitet, um die aufgrund der Leistungskürzung entstandene finanzielle Einbuße zu kompensieren.¹¹⁵ Die Leistungskürzung motiviert somit in die falsche Richtung.

¹⁰⁸ Vgl. Drucksache 17/5174 vom 22.03.2011.

¹⁰⁹ Vgl. Wolff (2014:4ff).

¹¹⁰ Vgl. Stellungnahme 16/1753 des Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 12.05.2014, S.11.

¹¹¹ Vgl. Drucksache 15/1309 vom 15.02.2011, S. 2.

¹¹² Ames (2009:161f).

¹¹³ Vgl. Wolff (2014:7).

¹¹⁴ Vgl. Ames (2009:162).

¹¹⁵ Vgl. Ames (2009:168).

Bei dem Erteilen von Sanktionen werden aufgrund der komplexen gesetzlichen Regelung die formellen Rechtsnormen oftmals nicht eingehalten. Dies hat zur Folge, dass die Bescheide rechtswidrig erteilt werden und die daraufhin eingelegten Widersprüche und Klagen meistens erfolgreich sind.¹¹⁶

Eine weitere nicht intendierte Wirkung hat die Rechtsvorschrift, nach welcher bei einer Totalsanktionierung der gesetzliche Krankenversicherungsschutz verloren geht.¹¹⁷

10. Fazit

Nun stellt sich die Frage, ob aufgrund der mittlerweile erworbenen Erkenntnisse die vollständige Abschaffung der Sanktionsregelungen vertretbar ist. Diese Forderung wird zumindest von zwei Akteuren gestellt. Betrachtet man das Verhalten der Menschen lediglich unter der oben genannten Theorie Y, ist anhand dieses Menschenbildes die Abschaffung der Sanktionen durchaus denkbar. Hierbei geht man von einem aktiven Menschen aus, der ohne äußeren Antrieb von sich aus das gewünschte Verhalten, im Fall des SGB II, die Mitwirkungspflicht, erfüllt. Durch sein selbstständiges eigenverantwortliches Handeln trägt er dazu bei, schnellst möglich in die Arbeit eingegliedert zu werden, um somit aus der Hilfebedürftigkeit zu kommen. Unter dem daraus folgenden Aspekt der humanistischen Psychologie fühlt sich der Mensch erst dann befriedigt, wenn er seine individuellen Grundbedürfnisse erfüllt hat. Das erstrebte Ziel ist deshalb, nicht mehr auf den Leistungsbezug nach dem SGB II angewiesen zu sein.

Betrachtet man stattdessen das Menschenbild der Theorie X ist offensichtlich, dass ein SGB II ohne Sanktionsregelungen nicht möglich ist. Demnach ist der Mensch grundsätzlich passiv und wird nur dann tätig, wenn von Außen auf ihn eingewirkt wird. Die gewünschte

¹¹⁶ Vgl. Ames (2009:19).

¹¹⁷ Vgl. Stellungnahme 16/1753 des Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. vom 12.05.2014, S.12.

Verhaltensänderung kann nur durch Sanktionen erzeugt werden. Erklären lässt sich dies mit den behavioristischen Lerntheorien, insbesondere mit dem Verstärkermodell nach Skinner. Nur durch die positive Bestrafung in Form von einer Sanktion wird das gewünschte Verhalten, die Mitwirkung, erzielt.

Da die Menschenbilder der beiden Theorien sehr konträr sind und nicht dem tatsächlichen Verhalten eines Menschen entsprechen, benötigt man das Menschenbild der Theorie Z. Sie ist eine Kombination aus den beiden Vorgenannten. Demnach wirken sowohl intrinsische als auch extrinsische Einflüsse auf den Menschen ein, die ihn dazu motivieren, ein bestimmtes Verhalten zu erzeugen. Die Theorie Z erklärt sich mittels der kognitiven Psychologie. Sanktionen als extrinsische Reize lösen im Gehirn einen Denkprozess aus. Letztendlich entscheidet dann der menschliche Verstand, ob das gewünschte Verhalten veranlasst wird. Aufgrund von Sanktionen in Form einer positiven Bestrafung sind starke finanzielle Einbußen hinzunehmen. Somit ist anzunehmen, dass der Mensch vernünftig ist und sich dementsprechend gewollt verhält. Folglich ist die Vorstellung eines zweiten Sozialgesetzbuches ohne Sanktionsregelungen nicht denkbar.

Diese Annahme wird durch den Leitgedanken des Grundsatzes des Forderns und Förderns bekräftigt. Der eLb wird dahingehend gefordert, dass er aktiv alles für ihn mögliche unternimmt, um die Erwerbslosigkeit zu beenden. Der Leistungsträger hingegen fördert dabei mittels aktiver Leistungen zur Eingliederung und passiver Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Kommt der eLb allerdings seinen Pflichten nicht nach, erfolgt anhand dieses Grundsatzes die Leistungskürzung.

Die Eingangsfrage, ob die vollständige Abschaffung der Sanktionsregelungen im zweiten Sozialgesetzbuch vertretbar ist, wird somit verneint. Demnach sind Sanktionen notwendig, um eine Verhaltensänderung des eLb zu bewirken.

Allerdings muss nun geprüft werden, ob die Sanktionen in ihrer bestehenden Form korrekt sind oder ob es einer Änderung bedarf.

Für Leistungskürzungen in der bestehenden Form spricht, dass sie intendierte Wirkungen hervorrufen. Sie erzeugen eine Doppelwirkung, um das gewünschte Verhalten zu erzielen. Zum Einen sind sie präventiv, in dem ein ex ante Effekt ausgelöst wird. Allein schon die Androhung bzw. das Bestehen von Sanktionsregelungen motiviert zu einem regelkonformen Verhalten. Zum Anderen bewirkt die Verhängung von Sanktionen einen ex post Effekt. Sie stellen eine Erziehungsmaßnahme dar, denn künftiges regelwidriges Verhalten wird dadurch vermieden.

Allerdings lösen die Leistungskürzungen in der bestehenden Form auch nichtintendierte Wirkungen aus. Es wird vor allem psychischer Druck ausgeübt, der unter anderem Depressionen und Ohnmachtsgefühle auslöst. Außerdem steigt die Verschuldung, da aufgrund von Sanktionen die Mindestversorgung nicht mehr gewährleistet ist. Dies kann schlimmstenfalls bis zur Obdachlosigkeit führen. Weiter besteht durch eine solche Entwicklung die Gefahr der Kriminalität. Hinsichtlich weiterer Effekte wird auf Kapitel 9.2. verwiesen. Betrachtet man rückwirkend die intendierten Wirkungen im Vergleich zu den nicht intendierten Wirkungen ist ein deutliches Übergewicht bei Letzteren festzustellen.

Nunmehr ist noch auf die bereits in Kapitel 8 beschriebenen wichtigsten Forderungen der Akteure zur Beantwortung der Frage, ob die Sanktionsregelungen in der bestehenden Form korrekt sind, einzugehen. Sie drängen auf mehr Rechtssicherheit. Des Weiteren verlangen sie das Abschaffen einer Totalsanktionierung, denn es muss zumindest die Leistung für Unterkunft und Heizung gewährt werden. Auch dürfen die Pflichtverletzungen maximal zu einer Leistungskürzung von 30% des Regelbedarfs am ALG II führen. Außerdem müssen die Sanktionszeiträume ab der Verhaltensänderung flexibilisiert werden. Die von den meisten Akteuren bekräftigte Forderung ist die Abschaffung der verschärften Sanktionierung der unter 25-Jährigen. Abschließend ist zu sagen, dass die wichtigsten Forderungen der Akteure gerechtfertigt sind. Auf die ausführliche Begründung in Kapitel 8 wird verwiesen.

Es spricht daher definitiv mehr gegen die in der jetzigen Form bestehenden Sanktionsregelungen als dafür. Die Eingangsfrage, ob es einer Korrektur dieser bedarf, ist folglich zu bejahen.

Wie bereits anfangs schon erwähnt, ist das 9. Änderungsgesetz zum SGB II aktuell in Bearbeitung. Die in dieser wissenschaftlichen Arbeit gewonnen Erkenntnisse sollten bei dessen Korrektur auch unter dem Aspekt der Rechtsvereinfachung und Rechtssicherheit der Sanktionsregelungen Beachtung finden.

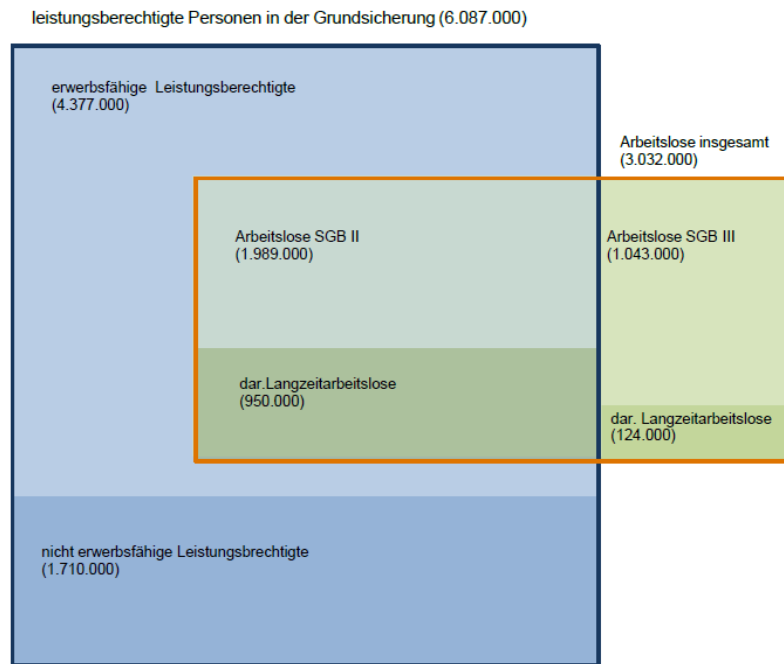
Da Sanktionen subjektiv als Bestrafung und nicht als Erziehungsmaßnahme empfunden werden, ist es sinnvoll Gegenmaßnahmen in Form von positiver Verstärkung als Anreiz in das künftige Änderungsgesetz mit einzubringen. Somit würden die oben vorgestellten verhaltenswissenschaftlichen Erkenntnisse Berücksichtigung finden. Ein Anreiz wäre, die Suche nach einer Erwerbstätigkeit mit einer ÖPNV-Monatskarte zu belohnen. Weitere Möglichkeiten könnten das Gewähren von Durchhalte- und Erfolgsprämien, die sich motivierend auf Eingliederungsmaßnahmen auswirken, sein.¹¹⁸ Anreize wären daher sowohl monetär als auch nichtmonetär ausgerichtet. Aus finanzieller Sicht ist kein großer Gestaltungsspielraum zur Schaffung von Anreizen möglich. Deshalb sind lediglich die materiellen Anreize ausbaubar. Diese könnten in verschiedene Kategorien eingeteilt werden. So bekäme ein eLb, je nach Mitwirkungsintensität, Belohnungen in Form von Gutscheinen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben. Ausgehend von der geringsten Belohnung, wie beispielsweise ein einfacher Schwimmbadbesuch, bis hin zu einem Wochenendtrip, als oberstes zu belohnendes Ziel, wäre alles denkbar.

Solche Anreize würden erheblich dazu beitragen, dass langfristig eine erhöhte Mitwirkungsbereitschaft von Seiten der eLb erreicht werden könnte.

¹¹⁸ Vgl. arbeitsmarkttaktuell DGB, Nr. 04/ September 2013, Sanktionen im Hartz-IV-System: Funktion, Entwicklung und DGB-Positionen, S. 12.

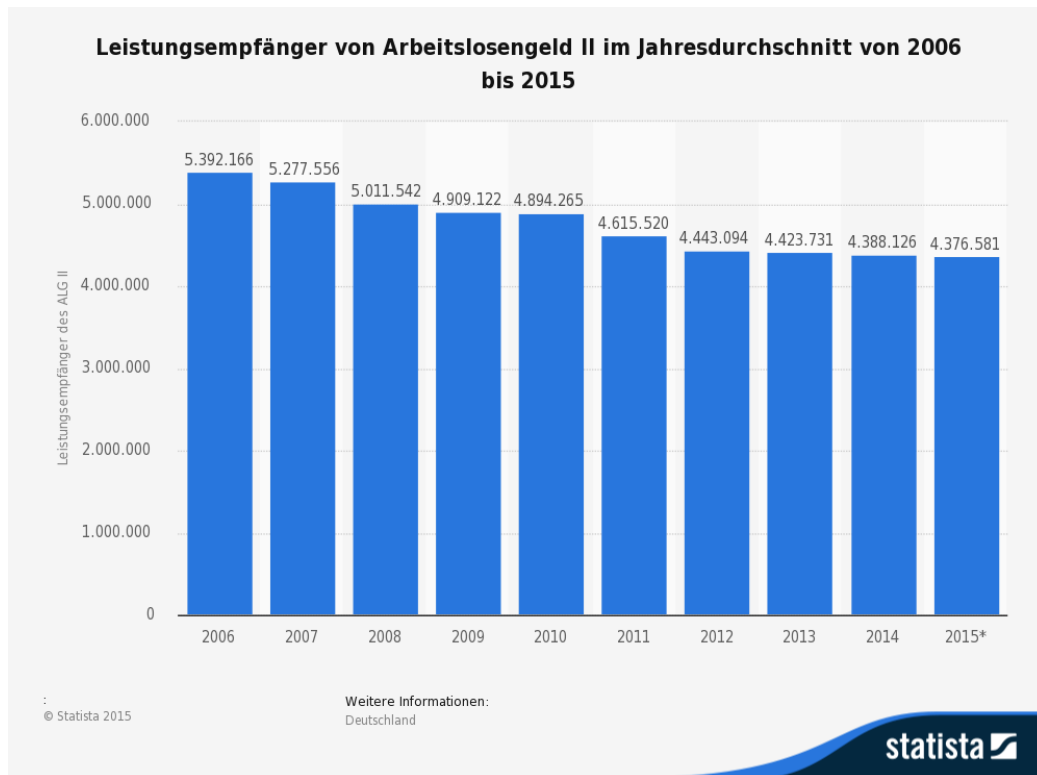
Anlagen

Anlage 1: Leistungsberechtigte Personen in der Grundsicherung und Arbeitslose nach Rechtskreisen



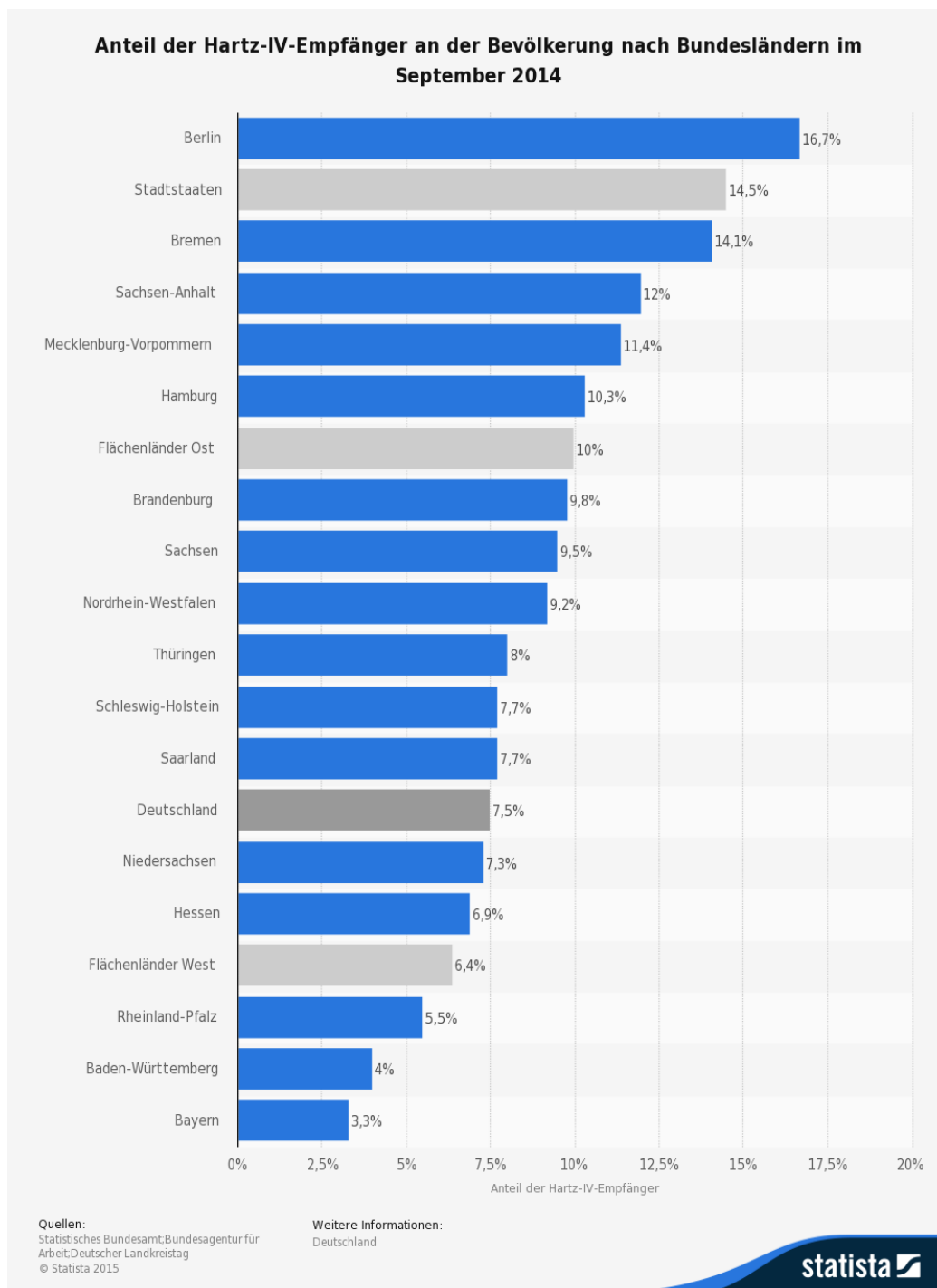
Quelle: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grusi-Schaubild.pdf> [12.02.2015]

Anlage 2: Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II im Jahresdurchschnitt von 2006 bis 2015



Quelle: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1396/umfrage/leistungsempfaenger-von-arbeitslosengeld-ii-jahresdurchschnittswerte/> [12.02.2015]

Anlage 3: Anteil der Hartz-IV-Empfänger an der Bevölkerung nach Bundesländern im September 2014



Quelle: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/4275/umfrage/anteil-der-hartz-iv-empfaenger-an-der-deutschen-bevoelkerung/> [12.02.2015]

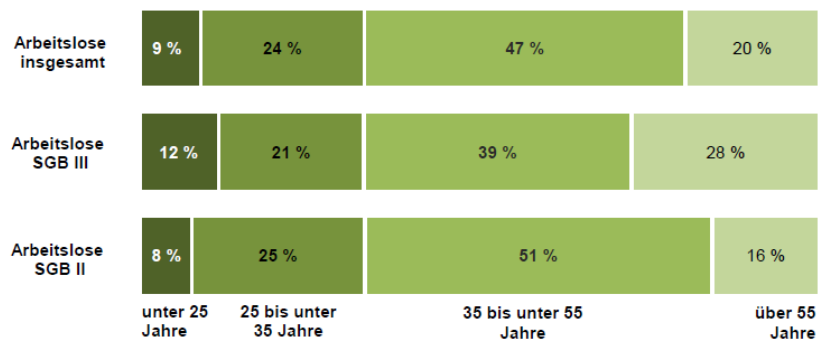
Anlage 4: Arbeitslosigkeit nach Altersklassen



3.4 Arbeitslosigkeit nach Altersklassen

Deutschland, Bestand Arbeitslose nach Rechtskreis und Alter in Jahren

Berichtsmonat März 2014

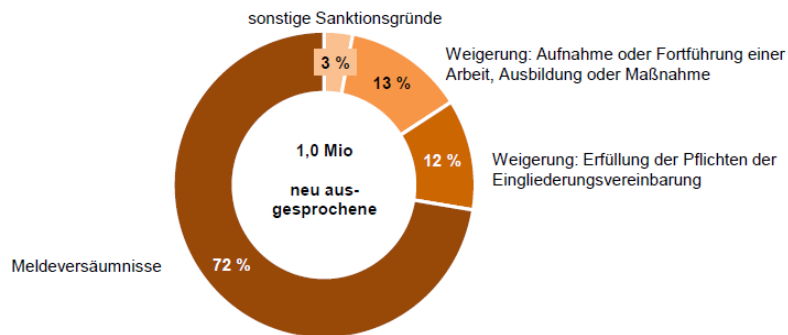


Quelle: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201403/iiia7/grusi-in-zahlen/grusi-in-zahlen-d-0-pdf.pdf> [12.02.2015]

Anlage 5: Neu ausgesprochene Sanktionen


2.13 Neu ausgesprochene Sanktionen

Deutschland, neu ausgesprochene Sanktionen nach Sanktionsgrund
gleitende Jahressumme Dezember 2012 bis November 2013



Quelle: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201403/iiia7/grusi-in-zahlen/grusi-in-zahlen-d-0-pdf.pdf> [12.02.2015]

Anlage 6: Bestand an Widersprüchen nach Sachgebieten

 Bundesagentur für Arbeit Statistik		Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)										
2.1 Bestand an Widersprüchen nach Sachgebieten Bund, Länder und SGB II - Trägergebiete Dezember 2013, Datenstand: Dezember 2013		zurück zum Inhalt										
Für Bund und Länder sind die Werte bei Datenausfällen hochgerechnet. Für einzelne Jobcenter können keine plausiblen Werte ausgewiesen werden.												
Regionen		davon:										
		Insgesamt	Zugangs- voraus- setzungen SGB II	Einkommen/ Vermögen	Leistungen zur Einglied- erung in Arbeit	Regel- leistung/ Mehrbedarfe	Kosten für Unterkunft und Heizung	sonstige Leistungen zum Lebens- unterhalt	Sanktionen	Aufhebung und Erstattung	Verpflicht- ung anderer	andere Gründe ¹⁾
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Deutschland	D	193.966	11.511	33.271	4.917	10.196	32.369	7.736	9.944	42.321	608	41.093
Westdeutschland	W	97.963	6.938	17.310	2.223	4.233	15.554	4.188	6.151	20.221	381	20.764
Ostdeutschland	O	96.004	4.573	15.961	2.694	5.963	16.815	3.548	3.793	22.100	227	20.329

Quelle: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201309/iiia7/wuk-wuk/wuk-dwoljc-0-xls.xls> [03.04.2015]

Literaturverzeichnis

Ames, Anne: Ursachen und Auswirkungen von Sanktionen nach § 31 SGB II, Düsseldorf, 2009

Brandstätter, Veronika u.a.: Motivation und Emotion, Berlin/Heidelberg, 2013

Buddeberg, Eva/Vesper, Achim: Moral und Sanktion. Eine Kontroverse über die Autorität moralischer Normen, Frankfurt a. M., 2013

Collin, Catherine: Das Psychologie-Buch, München, 2012

Davilla, Sofia: Die Eigenverantwortung im SGB III und SGB II. Obliegenheiten und Sanktionen zur Beendigung von Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit, Frankfurt a. M., 2011

Der Brockhaus Psychologie. Fühlen, Denken und Verhalten verstehen, hg. v. Lexikonredaktion des Verlags F.A. Brockhaus, 2. vollst. überarbeitete Auflage, Mannheim, 2009

Ehrentraut, Oliver/Plume, Anna-Marleen/Schmutz, Sabrina/Schüssler, Reinhard: Sanktionen im SGB II. Verfassungsrechtliche Legitimität, ökonomische Wirkungsforschung und Handlungsoptionen, Bonn, 2014

Eichenhofer, Eberhard: Recht des aktivierenden Wohlfahrtsstaates, Baden-Baden, 2013

Götz, Susanne/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Schreyer, Franziska: IAB-Kurzbericht 10/2010. Unter dem Existenzminimum, Bielefeld, 2010

Herbst, Sebastian: Existenzsicherung durch Grundsicherung für Arbeitsuchende und Sozialhilfe. Lehr- und Handbuch zu SGB II und SGB XII, München, 2011

Hoening, Ragnar/Kuhn-Zuber, Gabriele: Recht der Grundsicherung. Beratungshandbuch SGB II, Baden-Baden, 2012

Hofmann, Barbara u.a.: IAB-Stellungnahme 5/2011. Wirkungen und Nutzen von Sanktionen in der Grundsicherung, Nürnberg, 2011

Kuhl, Julius: Lehrbuch der Persönlichkeitspsychologie. Motivation, Emotion und Selbststeuerung, Göttingen, 2009

Kruse, Jürgen/Reinhard, Hans-Joachim/Winkler, Jürgen: SGB II Grundsicherung für Arbeitssuchende. Kommentar, Nürnberg/ Fulda/ Freiburg: C. H. Beck, 2005

Lexikon der Psychologie, hg. V. Markus A. Wirtz, 16. Auflage, Bern, 2013

Lexikon Psychologie. Hundert Grundbegriffe, hg. v. Jordan, Stefan/Wendt, Gunna, Stuttgart, 2010

Löschau, Martin/Marschner, Andreas: Reform der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), 2. Auflage, Neuwied, 2007

Lück, Helmut E.: Geschichte der Psychologie. Strömungen, Schulen, Entwicklungen, 4. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart, 2009

Münder, Johannes [Hrsg.]: Sozialgesetzbuch II. Grundsicherung für Arbeitssuchende. Lehr- und Praxiskommentar, 5. Auflage, Baden-Baden, 2013

Noll, Daniel: Hartz IV. Ziele, Probleme und Perspektiven der umstrittenen Arbeitsmarktreform, Hamburg, 2012

Quitmann, Helmut: Humanistische Psychologie. Psychologie, Philosophie, Organisationsentwicklung, 3. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Göttingen, 1996

Russel-Walling, Edward: Management. 50 Schlüsselideen, Heidelberg, 2011

Schels, Brigitte: IAB-Kurzbericht 22/2008. Hilfebezug in jungen Jahren verfestigt sich viel zu oft, Bielefeld, 2008

Wehrlin, Ulrich [Hrsg.]: Mitarbeitermotivation & -leistung im Hochschulmanagement, 2. Überarbeitete Auflage, Göttingen, 2014

Wolff, Joachim: IAB-Stellungnahme 2/2014. Sanktionen im SGB II und ihre Wirkungen, Nürnberg, 2014

Zimmermann, Ludwig: Das Hartz-IV-Mandat. Anspruchsgrundlagen/Strategien/Gebühren, 2. Auflage, Baden-Baden, 2011

Internetquellen:

Mast, Katja: Sanktionsregeln vereinfachen, nicht abschaffen, 19.09.2014, SPD Bundestagsfraktion Website:

<http://www.spdfraktion.de/themen/sanktionsregeln-vereinfachen-nicht-abschaffen> [03.04.2015]

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.“

Pfinztal, 30.04.2015
